Morgenausgabe

Nr. 299 / A 151 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Zeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag 28. Juni 1932

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Millimeterzeile 30 Pf. Reklamezeile 2.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 15 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Deutsches Volk!

Wählerinnen und Wähler!

In dem harten Ringen der Arbeiterklasse und aller freiheitlich denkenden Volksschichten Deutschlands gegen Knechtschaft und Diktatur ist der **31. Juli** ein Tag von entscheidender Bedeutung.

Militaristen und Nationalisten nehmen einen neuen Anlauf, die Gewalt zu ergreifen, um sie zur Zerschlagung der Demokratie, zur **Entrechtung** der breiten Massen, zu ihrer politischen und wirtschaftlichen Knechtung zu mißbrauchen.

Sie stürzten die Regierung Brüning nicht um etwas Besseres an ihre Stelle zu setzen, nicht um dem Volke in schwerer Zeit mehr Einfluß auf Staat und Wirtschaft zu verschaffen, sondern um es ganz auszuschließen und einem **Kabinett des Adels**, des Großgrundbesitzes und des Schwerkapitals an die Macht zu verhelfen.

Diese Regierung hat in ihren ersten Verlautbarungen dem **„Wohlfahrtsstaat"** und dem **„Staatssozialismus"** den Krieg erklärt und damit bekundet, daß ihre „grundsätzliche neue Richtung der Volksführung" gegen die Volksschichten gerichtet sein soll, die sich in den 14 Jahren nach dem Zusammenbruch des alten Regimes die Staatsbürgerrechte der Demokratie und eine beschränkte soziale Fürsorge errungen hatten.

Die Bildung dieser volksfeindlichen Regierung wurde nur möglich auf den Schultern der sogenannten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die durch ihre Führer Hitler und Göring die Tolerierung des Kabinetts Papen gegen gewisse Gegenleistungen versprach. Die Regierung löste auf ihren Wunsch den Reichstag auf, sie überließ ihnen den Rundfunk für ihre Propaganda, sie stellte die von Groener verbotene Privatarmee Hitlers wieder her, sie gab ihr das Recht, Uniform zu tragen und zu demonstrieren.

Zahlen aber muß das Volk!

Die Regierung Papen hat ihrer Kriegserklärung an den „Wohlfahrtsstaat" sehr rasch die Tat folgen lassen in Gestalt einer **neuen Notverordnung**, die alle bisherigen an Härte weit übertrifft.

Sie hat den **Opfern des Krieges**, den Witwen und Waisen, den **Opfern der Arbeit**, den Invaliden, den **Opfern der Krise**, den Arbeitslosen, die kärglichen Renten erbarmungslos gekürzt.

Sie hat dem Beamten, dem Handwerker, dem Kaufmann, dem Käufer neue Abgaben aufgebürdet. Sie hat den noch Arbeitenden die ganze neue Last auferlegt, den Reichen aber neue Steuergeschenke gegeben.

Sie hat die Pläne zur Arbeitsbeschaffung und zu einer gerechten Arbeitsverteilung zu Fall gebracht.

Gegen die Taten dieser Regierung und ihre Stützen in der sogenannten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei rufen wir zum Kampf:

Wir kämpfen für die Aufhebung der Notverordnung,
Wir kämpfen für die Erhaltung und Sicherung des Rechts auf Arbeitslosenversicherung.

Wir wollen die **Jugendlichen** und die langfristigen Arbeitslosen vor materiellem Elend und seelischer Verzweiflung schützen! Sie sollen in gegenseitiger Arbeitshilfe, in stillgelegten Betrieben für sich selbst die notwendigen Bedarfsgegenstände zur Ergänzung ihrer Unterstützung herstellen.

Wir kämpfen für **Arbeitsbeschaffung** aus öffentlichen Mitteln, für **gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden**, für rasche Durchführung der **Siedlungen**, ohne dem lebensunfähigen Großgrundbesitz neue Geschenke zu machen und damit den Siedler zu belasten.

Wir kämpfen für **gerechte Verteilung** der Lasten nach der Leistungsfähigkeit. Anstatt die kleinsten Einkommen aufs brutalste der neuen Arbeitslosenabgabe zu unterwerfen, müssen die hohen Einkommen durch einen kräftigen Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftssteuer zu den Sanierungsopfern herangezogen werden. Anstatt die Lebenshaltung breitester Volksschichten durch den Sozialabbau auf der ganzen Linie unter das Existenzminimum herabzudrücken, müssen endlich die **hohen Vermögen** durch eine wesentliche Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer erfaßt werden. Anstatt den lebensnotwendigsten Massenverbrauch durch **Salzsteuer** und **Umsatzsteuer** aufs schwerste zu belasten, muß der Luxusverbrauch einer umfassenden Luxusbesteuerung unterworfen werden.

Wir kämpfen aber auch für eine **Außenpolitik der friedlichen Verständigung auf dem Boden des gleichen Rechts für alle.**

Elend zusammengebrochen sind alle nationalistischen Anklagen gegen die internationale Politik der Sozialdemokratie; denn es hat sich gezeigt, daß auch die Regierung Papen, die Regierung der „nationalen Konzentration", über keine anderen Mittel verfügt als die von der Sozialdemokratie empfohlenen.

Die Sozialdemokratie hat in geduldiger Arbeit die Lasten des verlorenen Krieges dem deutschen Volke zu erleichtern versucht. Sie hat als erste die Forderung nach der Streichung der internationalen Kriegsschulden erhoben und für diese Forderung im Interesse des deutschen Volkes in der ganzen Welt um Verständnis geworben. Ihre Politik der Verständigung mit Frankreich wurde als schlapp, feige, undeutsch, ja geradezu landesverräterisch hingestellt. Indem auch die Regierung der „nationalen Konzentration", die Regierung Papen, den Weg der Verständigung mit Frankreich beschritt, hat sie wider Willen den **schamlosen Betrug** der nationalsozialistischen Demagogen entlarvt.

Die Tätigkeit der Regierung Papen beginnt weiten Volkskreisen die Augen zu öffnen über die Wirkung nationalsozialistischer Erfolge. Je größer diese Erfolge waren, um so zerrütteter wurde die Wirtschaftslage, um so eher faßte die Regierung den Mut, die Lebenslage der Armen noch weiter zu verkümmern.

Diese Erkenntnis gilt es in die Köpfe der Millionen zu hämmern, die unter den heutigen Zuständen leiden und die sich irreführen ließen.

Es gilt aber auch die Erkenntnis zu verbreiten, daß die kapitalistische Wirtschaft ihren Höhepunkt überschritten hat, daß sie nicht imstande ist, ihre Aufgabe zu erfüllen, daß sie die Menschen nicht mehr ernähren, bekleiden, behausen kann, daß sie von einer **neuen höheren Wirtschaftsform** abgelöst werden muß.

In voller Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften fordern wir Umbau der Wirtschaft.

Die Staatsmacht muß planmäßig in den Dienst der Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine **sozialistische Bedarfswirtschaft** gestellt werden. Nur so kann das Elend abgewehrt und der Jugend die Hoffnung auf eine neue Lebensaufgabe gegeben werden!

In diesen Kämpfen zweier Weltanschauungen zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen Knechtschaft und Freiheit, zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist der 31. Juli ein Entscheidungstag.

Deshalb: Mit erhöhter **Aktivität, Disziplin** und **Einigkeit** in den Kampf! Die **Pfeile der Freiheit** sollen die Feinde des Volkes treffen. Die deutsche Arbeiterklasse läßt sich nicht überwinden. Sie wird allen Gewalten zum Trotz ihre große geschichtliche Mission erfüllen.

Volk gib acht! Brüder wacht!
Kämpft für Demokratie und Sozialismus!

Berlin, den 28. Juni 1932.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

von Gayl sagt: „Noch nicht!“

Die Sozialdemokratie warnt den Reichsinnenminister.

Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Parteivorstandes Crispien, Dittman, Vogel und Stampfer sprachen am Montagabend beim Reichsinnenminister von Gayl vor, um ihm die Beschwerden über den Terror der SA., die in dem Brief des Parteivorstandes an den Reichspräsidenten erhoben wurden, im einzelnen vorzutragen. Sie überreichten dem Minister zwei umfangreiche Mappen, in denen terroristische Handlungen der Nationalsozialisten in sehr zahlreichen Fällen einwandfrei nachgewiesen werden. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Fälle, die sich nach der Aufhebung des SA.-Verbotes ereignet haben. Der Minister sagte die Prüfung des Materials zu.

Im Falle des Angriffs auf das „Vorwärts“-Gebäude konnten sich die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei auf ein nationalsozialistisches Flugblatt berufen, aus dem klar hervorgeht, daß die Nationalsozialisten die Angreifer waren. Schließlich stellten sie den Minister vor die präzise Frage, ob er die im Brief des Reichspräsidenten umschriebenen Voraussetzungen für ein „Vorgehen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln“ gegen solche Ausschreitungen als gegeben betrachtet. Der Minister erwiderte, daß dies noch nicht der Fall sei.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei erklärten zum Schluß der Unterredung, die etwas über eine Stunde dauerte, daß ein weiteres Dulden des uniformierten Terrors der SA. zu Folgen zu führen drohe, für die niemand die Verantwortung übernehmen könne.

Die neue Notverordnung.

Vor der Aufhebung des Demonstrationsverbotes.

Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten wird voraussichtlich heute mittag veröffentlicht werden. Die Notverordnung wird die Bestimmung enthalten, daß die Uniform- und Demonstrationsverbote im ganzen Reiche aufgehoben werden. Die Länderpolizeibehörden sollen aber, wie es heißt, ermächtigt werden, örtlich und unter besonderen Bedingungen Ausnahmebestimmungen zu erlassen.

Ferner wird eine Ausführungsverordnung zum § 4 der Notverordnung vom 14. Juni ergehen, durch die eine Anmeldepflicht für Demonstrationen eingeführt wird, um zu verhindern, daß gleichzeitig und an derselben Stelle Kundgebungen feindlicher Parteien erfolgen können.

Polizeiminister der Länder in Berlin.

Völlige Uebereinstimmung in politischen Fragen.

Die Amtliche Preußische Pressestelle teilt mit:

Die größte Anzahl der leitenden Länderminister ist heute, den 27. Juni, auf Einladung Preußens in Berlin zusammengetreten, um politische Fragen von besonderer Bedeutung zu erörtern. Die Konferenz ergab eine volle Uebereinstimmung der Erschienenen. Weitere Sitzungen gleicher Art sind von Fall zu Fall je nach Bedarf in Aussicht genommen.

Die Grenze.

Eine Warnung Grzesinskis.

Magdeburg, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Auf dem Reichsarbeitersporttag im Reichsbannerstadion hielt der Berliner Polizeipräsident Grzesinski eine Ansprache, in der er gegenüber den Drohungen des Goebbels erklärte, wenn die SA. versuche, sich das Recht auf die Straße zu nehmen, werde Polizei und Staatsgewalt da sein, und die Herren der SA. würden trotz ihrer offenen und geheimen Verbündeten sich noch immer die Köpfe einrennen. Wenn sie weiter von Notwehr redeten, dann sollten sie wissen, daß an dem Tage, wo die SA. gegen Gesetz und Recht sich ein Recht auf die Straße nähmen, allen Staatsbürgern, also auch für die Eiserne Front das Recht der Notwehr gegeben sein werde.

„Ich setze mit Nachdruck hinzu, daß an dem Tage, wo die Eiserne Front das Recht der Notwehr gegen die Nationalsozialisten in Anspruch nimmt, es keine SA. mehr geben wird.“

Die Eiserne Front habe bisher Geduld gezeigt, aber Geduld dürfe nicht mit Schwäche verwechselt werden! Deshalb erklären wir, „wenn es zu ernsten Auseinandersetzungen kommt, dann wird die Eiserne Front handeln und nicht reden.“

Im Kampf um die Landesverfassung.

Braunschweiger Sozialdemokratie ruft Staatsgerichtshof an

Braunschweig, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Durch eine Klage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion beim Staatsgerichtshof soll der Bruch der Landesverfassung und die Vergewaltigung der Minderheit des Parlaments durch die jetzige Regierungsmehrheit gesühnt werden.

Wie seinerzeit gemeldet, hatten sich am 18. Mai d. J. die sozialdemokratischen Abgeordneten mit dem grundlos ausgeschlossenen Abgeordneten Thielemann solidarisch erklärt und das Plenum beschlußunfähig gemacht. Obwohl die Beschlußunfähigkeit feststand, setzte sich der nationalsozialistische Landtagspräsident und die nationalsozialistischen rechtsbürgerlichen Parteien über Geschäftsordnung und Verfassung hinweg und beschlossen die Gesetze. Der Rechtsbeistand des Braunschweigischen Landtags, der Landsyndikus Klaue verweigerte seine Unterschrift unter das Protokoll der Verhandlungen des Rumpfparlaments und erklärte die getätigten Beschlüsse für rechtsungültig. Trotzdem lehnte die Rechtsmehrheit die von der SPD.-Fraktion geforderte Wiederholung der Abstimmungen ab, so daß nunmehr der Staatsgerichtshof angerufen werden mußte.

Lächerliche Nazibeschwerden.

Auch in Sachsen sollen die Paragraphen helfen.

Dresden, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Eine schwere Niederlage haben die Nazis vor dem sächsischen Oberverwaltungsgericht erlitten. Sie versuchten ihre Blamage beim Volksentscheid über die Landtagsauflösung, der trotz kommunistischer und deutschnationaler Hilfe daneben gelang, dadurch auszugleichen, daß sie eine Anfechtungsklage beim Oberverwaltungsgericht als Wahlprüfungsgericht erhoben und beantragten, die Abstimmung für ungültig zu erklären. Sie brachten eine Menge größtenteils gänzlich haltlosen Materials über angebliche Wahlbeeinflussung auch durch Behörden usw. vor. In der öffentlichen Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht wurde auf Grund der Auskünfte der Behörden festgestellt, daß der größte Teil der Beschwerden gänzlich unbegründet sei. Demgemäß erklärte das Oberverwaltungsgericht nach mehrstündiger Beratung die Abstimmung über den Volksentscheid für gültig. Es sei nicht die Mehrzahl der Abstimmungsberechtigten erreicht worden. Damit sei der Volksentscheid gescheitert. Mit langer Nase zog der sächsische Nazihäuptling Dr. Fritzsch ab.

SA. schießt weiter!

Ueberfall auf eine Sonnenwendfeier in Limbach-Rusdorf.

Chemnitz, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Die blutigen Ueberfälle der Nationalsozialisten auf die Teilnehmer an der Sonnenwendfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend in Limbach-Rusdorf spielten sich, wie Augenzeugen berichten, wie folgt ab:

Schon beim Abbrennen des Höhenfeuers wurde ein Attentat auf die Jugend versucht. In dem Holzstoß, der angebrannt werden sollte, hatte ein Nazi-Strauchritter 20 scharfe Patronen versteckt. Nur der Vorsicht und der Gewissenhaftigkeit der für das Höhenfeuer Verantwortlichen ist es zu danken, daß es nicht hier zu Unfällen kam. Die Leitung verständigte die Polizei, die die Patronen an sich nahm.

Auf dem eingezäunten Sportplatz in Rusdorf war ein großes Zeltlager mit 35 Zelten aufgebaut, in dem für etwa 500 Teilnehmer Platz geschaffen war. Kurz nach ein Uhr nachts beobachteten Angehörige des Jungbanners, die die Nachtwache durchführten, in unmittelbarer Nähe des Lagers eine Reihe herumschleichender Gestalten. Als man versuchte sie zu stellen, rissen sie aus und eröffneten auf ihre Verfolger ein starkes Feuer. Die Jungbannerleute warfen sich schnell zu Boden, so daß keiner getroffen wurde. Später wurden an dieser Stelle 16 Patronenhülsen gefunden. Ein zweiter, noch gemeinerer Ueberfall auf das Zeltlager erfolgte kurz nach 4 Uhr morgens. Ein geschlossenes Personenauto, in dem sich fünf uniformierte Nazibanditen befanden, fuhr dicht an die Nachtwachen heran und schoß auf die Jungbannerleute. Ein Jungbannermann wurde durch einen Schuß in den Oberarm schwer verletzt. Es wurden etwa 20 Schüsse gezählt. Die aufgefundenen Patronenhülsen zeigen, daß aus drei verschiedenen Kalibern geschossen wurde.

Ein Reichsbannerkamerad wurde auf der Straße nach Rusdorf von 40 Nationalsozialisten überfallen. Die Nazis zogen den Reichsbannermann vom Rad und schlugen ihn nieder. Dem Verletzten stahlen die Nazis den Photoapparat.

In der Nacht zum Sonntag wollten zwei Samariter eine kranke Frau nach Hause transportieren. An der Apotheke in Limbach wurde auf die durch Armbinde und Mütze kenntlichen Samariter ein Feuerüberfall verübt. Die Nationalsozialisten gaben etwa zehn Schüsse ab. Ein Passant wurde durch einen Unterschenkelschuß verletzt.

*

Im Verlauf der Schießerei, in der ein Chemnitzer Jungbannermann getötet wurde, ist festgestellt worden, daß etwa 25 SS.-Leute, sämtlich mit großen Armeepistolen ausgerüstet, auf die marschierenden jungen Menschen geschossen haben. Als zwei Kameraden den verwundeten Marek aufhoben, um ihn in ein benachbartes Haus zu tragen, wurde auch auf sie geschossen. Ein kommunistischer Arbeiter wurde durch einen Bauchschuß verletzt. Mit letzter Kraft hielt er sich an einem Zaun fest. Ein SS.-Mann sprang auf ihn zu und schlug mit einem schweren Eisenknüppel auf den Verletzten ein, der blutüberströmt und bewußtlos zusammenbrach. Der schwerverletzte Chemnitzer Reichsbannerkamerad Marek, dem ein Schuß den Oberkiefer und die Mundhöhle verstümmelte und der weitere schwere Verletzungen erlitten hatte, starb in den Armen seiner Kameraden in einem Hausflur, ehe ärztliche Hilfe zur Stelle war. Als das Chemnitzer Ueberfallkommando eintraf, wurden zuerst die Arbeiter und Ueberfallenen nach Waffen durchsucht! So ging kostbare Zeit verloren, die von den Mordgesellen selbstverständlich ausgenutzt wurde. Trotzdem gelang es nicht allen SA.- und SS.-Banditen, ihre Schußwaffen in Sicherheit zu bringen. Einigen Nazis konnten Revolver abgenommen werden.

Laßt keinen heraus!

Laßt keinen heraus
aus Sitzungen,
aus Versammlungen,
aus Kundgebungen,
aus Festveranstaltungen,
aus jeder sonstigen Zusammenkunft,

bevor er nicht sichtbar das Freiheitszeichen trägt:

die drei Pfeile!

Die Blutspur des Terrors.

Am Sonntag 5 Tote und über 100 Verwundete.

Wir haben bereits im gestrigen „Abend“ die Verlustliste des letzten Sonntags mitgeteilt. Infolge mehrerer verspätet eingegangener Meldungen erhöht sich diese Verlustliste des blutigen Straßenterrors auf insgesamt fünf Tote und über 100 Verwundete.

Mannheim, 27. Juni.

Im nahen Ketsch, einer kommunistischen Hochburg, hielt die NSDAP. am Sonnabendabend eine Versammlung ab, zu der auch SA.-Leute hinzugezogen worden waren. Vorsorglich waren vierzig Schutzpolizeibeamte aus Heidelberg sowie die gesamte Gendarmerie des Schwetzinger Bezirks nach Ketsch gelegt worden.

Als in der Versammlung Kommunisten, von denen viele mit ihren Frauen erschienen waren, die Internationale sangen und einer von ihnen auf den Tisch stieg, um eine Rede zu halten, kam es zu einer schweren Schlägerei, bei der mit Stuhlbeinen, Biergläsern usw. aufeinander eingeschlagen wurde. Polizei und Gendarmerie trennte die feindlichen Parteien. Etwa 30 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Die Versammlung konnte schließlich zu Ende geführt werden, jedoch mußten die Nationalsozialisten unter polizeilicher Deckung weggebracht werden.

Kommunisten gegen Landjäger.

Fünf Personen schwer, eine Anzahl leicht verletzt.

Wittenberge, 27. Juni.

In Werben a. d. Elbe kam es gestern zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei, in deren Verlauf fünf Personen schwer verletzt wurden.

Die Ortsgruppe Werben des kommunistischen Landarbeiterverbandes hatte zu gestern die Weihe ihres Banners vorgesehen, die jedoch vom Regierungspräsidenten verboten worden war. Trotz des Verbots hatten die Kommunisten 800 Mann aus der Umgegend zusammengezogen und durch den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Redlich die Weihe in einem Lokal vornehmen lassen. Nach dem Festakt traten sie vor dem Lokal an und entrollten die Fahne. Als sie auf Ersuchen der Polizei nicht eingezogen wurde und die Beamten gegen die Demonstranten vorgingen, kam es zu einem großen Tumult. Von allen Seiten drangen die Kommunisten auf die Landjäger ein und schlugen drei von ihnen zu Boden; zwei Beamte gaben in höchster Notwehr Schreckschüsse ab. Da sie weiter angegriffen wurden, mußten sie scharfe Schüsse abgeben, durch die die Arbeiter Gebel und Täufer aus Wittenberge verletzt wurden.

Die Polizei sperrte die Elbbrücke ab und untersuchte die nach Wittenberge heimkehrenden Kommunisten nach Waffen. Hierbei wurden noch zahlreiche Verletzte festgestellt. Die beiden schwer verwundeten Kommunisten wurden in das Wittenberger Krankenhaus gebracht. Die Verletzungen der drei Landjäger sind nicht lebensgefährlich.

*

Politische Bluttat in Bohwinkel.

Bohwinkel, 27. Juni.

In der vergangenen Nacht wurde in der Nähe des Bahnhofs der kommunistische Arbeiter Klaus von politischen Gegnern erschossen. Heute morgen wurde ein Nationalsozialist in Uniform von den Brüdern des Erschossenen angehalten. Der Nationalsozialist zog einen Revolver und legte auf seine Widersacher an. Als die Waffe versagte, versuchte er zu fliehen, wurde jedoch von Straßenpassanten eingeholt und der Polizei übergeben.

Zusammenstöße in Vorpommern.

Franzburg, 27. Juni.

Anläßlich einer kommunistischen öffentlichen Kundgebung kam es zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu einer Schlägerei. Der Nationalsozialist Neuenfeld aus Stettin wurde mit schweren Kopfverletzungen und Rippenbrüchen vom Platz getragen.

Papens Rache.

Der Fall der „Kölnischen Volkszeitung".

Wie wir bereits berichteten, plant die Reichsregierung energische Maßnahmen gegen die „Kölnische Volkszeitung" wegen eines scharfen Angriffes auf die Person des Reichskanzlers von Papen im Zusammenhang mit seinem „Matin"-Interview. Im welcher Form sich dieser offizielle Racheakt an dem führenden Organ der Partei, die Herrn von Papen ausgestoßen hat, vollziehen wird, ist zur Zeit noch nicht bekannt.

Die Empörung der Wilhelmstraße richtet sich vor allem dagegen, daß die „Kölnische Volkszeitung" es gewagt hat, im voraus das erwartete Dementi gegen das „Matin"-Interview dadurch zu entkräften, daß sie das Gegendementi des Chefredakteurs Stephane Lauzanne mit besonderem Nach- und Fettdruck veröffentlicht hat. Unbekümmert also um das inzwischen erfolgte Dementi des Kanzlers, das übrigens reichlich schwammig und unsicher war, hat das Kölner Zentrumsblatt die Forderung erhoben: „Fort mit diesem Reichskanzler!" und dabei in einem Lausanner Bericht die in Rechtskreisen gefallene Aeußerung wiedergegeben: „Dieser Kanzler ist eine Katastrophe."

Wie kann man sich unterstehen, so erklären die zuständigen Stellen, an dem Wort eines deutschen Reichskanzlers zu zweifeln und der Darstellung eines französischen Chefredakteurs den Vorzug zu geben? Das sei eine „Verächtlichmachung" des Reichskanzlers, gegen die eingeschritten werden müsse.

Wir haben keinerlei besondere Sympathie weder für den „Matin", der seit Jahresfrist wieder völlig im nationalistischen Fahrwassere segelt, noch für seinen Chefredakteur, der sich bisher nicht gerade durch ein besonderes Verständnis für die Lage Deutschlands ausgezeichnet hat. Daß Herr von Papen seine Herzensergüsse gerade diesem Blatt und diesem Manne geschenkt hat, ist seine Sache. Das ist eben die höhere Diplomatie des ersten wirklich nationalen Reichskanzlers seit 14 Jahren und es wäre vermessen, wenn wir, die wir in den höheren Herrenklubsphären nicht verkehren, an der Unfehlbarkeit solcher Initiativen zweifeln würden.

Aber wir wissen auch, daß der keineswegs sympathische Herr Stephane Lauzanne ein Journalist von Rang und Weltruf ist, der in Europa schon ein Vierteljahrhundert lang bekannt war, bevor man in Deutschland entdeckt hatte, daß es einen Staatsmann gebe, der Franz von Papen heißt. Und wenn dieser Journalist, der ein Renomee zu verlieren hat, ausdrücklich versichert, daß er sich die Worte Papens habe dreimal wiederholen lassen, bevor er sie — in abgeschwächter Form — wiedergab, dann ist es reichlich unvorsichtig und abgeschmackt, wenn die Wilhelmstraße eine Art Majestätsbeleidigung darin erblickt, daß man der verlegenen Entgegnung eines Deutschen, und wäre er auch ein leibhafter Reichskanzler, nicht hundertprozentig Glauben schenkt.

Würde sich Herr von Papen in Lausanne in seinem Verkehr mit Ausländern nicht ausschließlich der französischen Sprache bedienen, in der er mit vielgerühmter Grazie plaudert, wäre ein „Mißverständnis" möglich gewesen. Eher ist denkbar, daß er nach den vielen Interviews, die er den französischen (nicht den deutschen) Journalisten gewährt hat, sich nicht mehr ganz zurechtfindet, denn auch das beste Gedächtnis hat seine Grenzen.

Wie dem auch sei: das Malheur, das nun einmal passiert ist, läßt sich mit nachträglichen Zeitungsverboten nicht einrenken, sondern nur noch verschlimmern.

Ueberdies und außerdem: gibt es in der Reichskanzlei und im Auswärtigen Amt keinen Menschen, der Herrn von Papen beibringt, wie ein Staatsmann — und das ist er doch wohl seit seiner Ernennung zum Reichskanzler — Interviews gibt? Bei einiger Kenntnis der geltenden Regeln und Gepflogenheiten wäre ein solcher Hereinfall ganz unmöglich gewesen!

Hugenbergs Trennungsstrich.

Eine Philippika an die Nationalsozialisten.

Auf der „Reichsführertagung" der Deutschnationalen Volkspartei hat Herr Hugenberg sich eingehend mit den Nationalsozialisten auseinandergesetzt. Danach ist von der Harzburger Front auch nicht ein Atom mehr übrig geblieben. Herr Hugenberg muß feststellen, daß dem Nationalsozialismus leider vollkommen die Staatsidee fehle und er sich daher mit dem Problem Republik oder Monarchie noch nicht habe auseinandersetzen können. Tiefe wirtschaftliche Gegensätze trennten die Deutschnationalen von den Nationalsozialisten, und wenn nicht die Deutschnationale Partei als starker Faktor in der erhofften nationalen Mehrheit stehe, würde eine Entwicklung schwer abzubiegen sein, die als eine der gefährlichsten anzusehen sei, die dem deutschen Volk überhaupt beschieden sein könne, nämlich ein Zusammengehen zwischen Nationalsozialismus und Zentrum. Heute sei eine Entwicklung eingetreten, die die Deutschnationalen nicht im Auge gehabt hätten, als sie sich mit dem Nationalsozialismus zusammengetan hätten.

Zu diesem Klagegesang bemerkt das „Berliner Tageblatt" sehr treffend, daß Hugenberg die Verantwortung für seine eigenen Taten von sich abzuwälzen suche und fährt dann fort:

„Leider wird ihm das in den Augen aller objektiv Denkenden noch durch die Tatsache erschwert, daß seine Presse den Nationalsozialismus fortgesetzt in unübertrefflicher Weise begünstigt, hätschelt und als Werber für ihn wirkt.

Das geht so weit, daß seine Blätter jede nationalsozialistische Mordtat, jeden Ueberfall, jede Ausschreitung der Hakenkreuzler entweder verschweigen oder in einen Ueberfall von Reichsbannerleuten, Sozialdemokraten und Kommunisten verdrehen. Während wir anderen selbstverständlich auch kommunistische Roheitsakte verzeichnen, gibt es für die Leser der Hugenberg-Presse nur eine „rote" Mordhetze, die SA.-Kameraden werden immer nur schändlich überfallen. Der „Tag" beispielsweise stellt auch das Eindringen der Nationalsozialisten in den Hof des „Vorwärts"-Gebäudes so dar, als hätten die Reichsbannerleute im „Vorwärts" den vorbeiziehenden Gegnern aufgelauert und sie beschossen, wobei er den amtlichen Bericht einfach unterdrückt."

Wie bei Herrn Hugenberg hat es auch bei der schwerindustriellen Presse ein böses Erwachen gegeben, nachdem die Nazis mit ihren wilden Agitationsanträgen im Landtag aus der Reihe getanzt sind. Man beginnt in den Kreisen des Großkapitals und seiner Presse einzusehen, daß die „nationale Erneuerung" etwas anders ausschaut, als man sich vorgestellt hat und fürchtet für die investierten Millionengelder. Aber weder die späte Einsicht noch die Angst um die verpulverten Millionen befreit diese Kreise von der Verantwortung, die „nationale Erneuerung", so wie sie sich jetzt in ihrer ganzen abschreckenden Form offenbart, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln hochgezüchtet zu haben.

Die arme, überfallene SA.

(Zum Ueberfall auf das „Vorwärts"-Gebäude)

„Nur weiter! — Bis in den vierten Hof sind wir die Angegriffenen!"

Verschärfung in Lausanne.

Nach der Berliner Reise des Kanzlers.

Lausanne, 27. Juni. (Eigenbericht.)

In der am Montagnachmittag abgehaltenen Besprechung zwischen den Delegationen Deutschlands und Frankreichs, die über drei Stunden dauerte, erläuterte Finanzminister Schwerin von Krosigk die Gründe für die völlige Streichung der Reparationen und erklärte die deutschen Anregungen für eine besondere Teilnahme Deutschlands an den Wiederaufbauplänen in Europa. Der gräfliche Finanzminister argumentierte ähnlich wie vormittags vor der deutschen Presse.

Der Reichskanzler ergänzte die Ausführungen des Finanzministers, wobei er besonders den zweiten Teil des deutschen Programms, insbesondere die positiven Möglichkeiten für eine anderweitige Entschädigung der Reparationsgläubiger durch eine gemeinsame Arbeit in Europa hervorhob.

Herriot erklärte noch einmal, warum er den französischen Standpunkt voll aufrechterhalten müsse. Frankreich sei nicht in der Lage, eine vollkommene Streichung der Reparationen ins Auge zu fassen und müsse sich vorbehalten, seine Meinung zu den in der Sitzung ausgeführten deutschen Aufbauvorschlägen zu einem späteren Zeitpunkt festzustellen.

Papen wird schneidig.

Lausanne, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Reichskanzler von Papen war nach Abschluß der Sitzung mit der französischen Delegation sehr gereizt. Offenbar hatte man ihn in Berlin ordentlich national aufgepulscht. Die Sturzgerüchte der Rechtspresse wegen des Interviews des „Matin" hatten das übrige getan. Kurz, seine Sprache in der Sitzung war gegenüber den abwartenden Franzosen so prononziert schneidig, daß Herriot sich darauf beschränkte, im Namen Frankreichs Verwahrung einzulegen.

Aus den wenigen Stichworten, die der Reichskanzler der deutschen Presse abgehackt hinwarf, geht die brüske Abwendung von seiner konzilianten Haltung am Anfang der Konferenz schon mit aller Deutlichkeit hervor. Die Konferenz, so habe er nachdrücklich ausgeführt, habe die unerhörte Chance, die Irrtümer des Nachkrieges wieder gutzumachen. Das System der Reparationen müsse verschwinden.

Die deutsche Regierung werde keine Unterschrift mehr leisten, von der sie heute schon überzeugt sei, sie nicht einhalten zu können.

Dafür habe er die Ausführungen des Finanzministers über das Programm des europäischen Wiederaufbaues scharf unterstrichen. Bei diesem Wiederaufbau werde das deutsch-französische Verhältnis eine ganz besondere Rolle spielen. Zuerst müsse das Vertrauen in der Welt wiederhergestellt werden. Dies sei in erster Linie die Aufgabe der Siegermächte und nicht Deutschlands.

Den Mißerfolg der eigenen Methode, die so freundlich wie möglich begann, um im entscheidenden Augenblick die sachlichen Gegensätze noch durch ein schneidigeres Auftreten im Sinne der innerpolitischen Auftraggeber zwecklos zu verschärfen, suchten dann Reichskanzler und Außenminister auf einen Zwischenfall abzuladen. Bekanntlich hatte der Reichsfinanzminister von Krosigk bereits am Vormittag die deutsche Presse über seine Darlegungen für die Nachmittagsverhandlungen unterrichtet. Selbstverständlich brachte die Agence Havas kurz nach Beginn der Beratungen einen Auszug aus den Meldungen der Berliner Presse nach Lausanne, wo diese Darstellung, leider entstellt, noch während der Ausführungen von Krosigk herumgereicht wurde. Von Papen und von Neurath machten nun den deutschen Pressevertretern Vorwürfe, daß sie diese Mitteilungen dem Havas-Vertreter in Lausanne weitergegeben hatten. Als sich die Vertreter Berliner Blätter dagegen verwahrten, konnte man sich eines Lächelns über die Unbeholfenheit der deutschen Delegierten nicht erwehren. Sie hatten die gewiß freundliche Absicht gehabt, der Presse entgegenzukommen, aber keine Ahnung davon, daß die Mitteilungen doch bis nach 4,30 Uhr nachmittags schon wieder in Lausanne sein müßten. Und dieses Havas-Telegramm soll nun der Grund für die merkliche Erkaltung der französischen Verhandlungspartner sein, die doch gerade im Augenblick seines Auftauchens die wirklichen Ausführungen des deutschen Finanzministers anhören konnten. Selbst wenn man diesen Ablenkungsversuch ernst nehmen wollte, müßte man nach allem Vorgegangenen die Folgen der verfrühten Mitteilungen an die Presse doch wiederum der Delegation selber zuschreiben.

von Papen und Herriot werden jeder für sich heute Macdonald über den Stand der Verhandlungen informieren. Von der morgigen Aussprache zu Vieren, also Deutschland, Frankreich, England und Italien wird es abhängen, ob die für Mittwoch angesetzte deutsch-französische Beratung das letzte Wort Frankreichs oder noch irgendeinen positiven Ausweg bringen wird.

Der Tag von Versailles.

Aufruf des republikanischen Studentenverbandes.

Der republikanische Deutsche Studentenverband veröffentlicht zum Tage der Unterzeichnung von Versailles eine Erklärung, die wir in ihren wesentlichen Teilen, wie folgt, wiedergeben:

„Trotz aller drängenden Sorgen der Gegenwart darf der Tag der Unterzeichnung des Versailler Friedensdiktates nicht unbeachtet vorübergehen. Ist doch die sinnlose Selbstzerfleischung aller Völker im Weltkriege und dieser sogenannte Friedensvertrag von Versailles, der den Krieg mit wirtschaftlichen Mitteln verlängerte, die wesentliche Ursache der geistigen und wirtschaftlichen Zerrüttung der Welt.

Bis zum heutigen Tage ist das im Versailler Vertrag gegebene feierliche Versprechen einer militärischen Abrüstung aller Nationen nicht erfüllt worden. Gerade die Jugend sieht darin mehr als einen vertraglichen Anspruch; sie fordert die Abrüstung als moralisches Recht und als Ausdruck ihres nationalen und internationalen Lebenswillens.

Noch immer ist das deutsche Volk nach dem historisch-unwahren Wortlaut des Versailler Friedensvertrages mit dem Makel der Alleinschuld am Weltkriege behaftet. Auch hiergegen legt die deutsche Jugend immer und immer wieder feierliche Verwahrung ein, weil sie von dem unerschütterlichen Willen geistiger Verständigung aller Völker beseelt ist.

Dieser Protest deutscher republikanischer Jugend hat nichts gemein mit chauvinistischen Kundgebungen und Demonstrationen eines verhetzten, ungeistig radikalisierten Teils der deutschen Studentenschaft. Die staatsbewußten republikanischen Studenten, vereint im Deutschen Studentenverband, lehnen es entschieden ab, mit phrasenhaften, haßerfüllten Zielen vor die Oeffentlichkeit zu treten. Es gilt, mehr denn je vor der Welt alle aufbauwilligen Kräfte der Deutschen Republik zur Ueberwindung des Geistes von Versailles zu sammeln, im demokratischen Geiste der Völkerverständigung zu dienen und fortzuschreiten auf dem Wege, den Rathenau, Stresemann, Hermann Müller und Brüning gewiesen haben. Organisiert den Frieden! Schluß mit Versailles: Keine Welt ohne Deutschland, kein Deutschland ohne die Welt!

Unsere Kandidaten.

Für die Wahlkreise Düsseldorf-Ost und -West.

Düsseldorf, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Der außerordentliche Bezirksparteitag Niederrhein stellte folgende Kandidaten für die Reichstagswahl auf:

Für Düsseldorf-Ost Dr. Rudolf Hilferding-Berlin, Lore Agnes-Düsseldorf, Robert Daum-Wuppertal; für Düsseldorf-West Paul Gerlach-Düsseldorf, Johann Thabor-Krefeld und Alfred Schatz-Oberhausen.

Abgeordneter Dr. Mittelmann gestorben. Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Mittelmann ist in einer Klinik in Düsseldorf gestorben. Dr. Mittelmann war lange Jahre Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreis Pommern.

Gewerkschaftliche Kulturarbeit.

Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband 1931.

Arbeitslosigkeit und Lohnkürzung haben den Konsum der breiten Massen scharf eingeschränkt. Wer will sich da wundern, wenn auch bei den Nahrungsmittel- und Getränkearbeitern Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunehmen. Ende Dezember wurden 11578 arbeitslose und 43097 in Kurzarbeit stehende Verbandsmitglieder festgestellt. Stark hat die Kurzarbeit vor allem in den Brauereien um sich gegriffen, wodurch allerdings die Arbeitslosigkeit erheblich eingeschränkt worden ist. In den handwerklichen Gewerbegruppen, wie Bäckerei, Konditorei, Fleischerei und Metzgerei, hat die Ueberhandnahme der Lehrlingshaltung zur Steigerung der Arbeitslosigkeit noch ein übriges getan.

Das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien war scharfen Angriffen ausgesetzt. Sie konnten dank der Unterstützung des ADGB. und der Sozialdemokratischen Partei abgewehrt werden. Gegen die zunehmende steuerliche Belastung in der Brauindustrie wurde die Organisation wiederholt bei der Regierung vorstellig. Eine Senkung der Biersteuersätze ist erst Anfang des Jahres durchgekämpft worden.

Abwehrkämpfe mußten in 1036 Fällen geführt werden;

erfaßt wurden davon 353 489 Beschäftigte. In den allermeisten Fällen wurde bei den Verhandlungen eine Einigung erzielt. Allgemeinverbindlich erklärt wurden Manteltarifverträge mit 89 254 Beschäftigten. Für 172 933 Personen wurde die Verschlechterung des Lohns und sonstiger Arbeitsbedingungen abgewehrt. Vor allem war die Organisation erfolgreich in ihrem Kampf um die Erhaltung der Ferien und der Lohnzahlung in Krankheitsfällen; 60 000 Personen hatten davon unmittelbaren Gewinn. Die durchschnittliche Lohnkürzung betrug bei den Arbeitern 2,85 M. und bei den Arbeiterinnen 1,92 M. pro Woche. 211 Tarife konnten für 72 716 Personen neu abgeschlossen werden. Ende des Jahres 1931 bestanden

1043 Tarifverträge für 74 434 Betriebe mit 247 673 Beschäftigten.

Wichtige tarifliche Erfolge wurden trotz des unerhörten Ansturms der Unternehmer festgehalten: für 44666 Personen wurde eine Arbeitszeit unter 48 Stunden wöchentlich vereinbart. Ueberstundenzuschläge erhalten 236 298 Personen, Zuschläge für Sonntagsarbeit bis zu 50 Proz. bekommen 225 196 Personen, Zuschläge für Nachtarbeit bis zu 50 Proz. beziehen 204 938 Personen, jährliche Ferien bis zu 18 Tagen erhalten 246 501 Personen, und die Bezahlung des Lohns in Krankheitsfällen bis zum Höchstausmaß von 8 Wochen ist für 235 652 Personen tariflich geregelt; davon wird der Lohn bis zu zwei Wochen für 44,6 Proz. und bis zu 4 Wochen für 34,5 Proz. aller den Tarifen unterstellten Personen weitergezahlt.

Große Bedeutung legte die Organisation der Jugendbewegung bei. In 104 Orten bestehen Lehrlings- und Jugendabteilungen. Der Gesamtbestand der organisierten Lehrlinge und Jugendlichen betrug am Jahresende 6753; darunter sind die Lehrlinge in den Bäckereien und Konditoreien als die stärkste Gruppe vertreten.

Fast 6 Millionen Mark für Unterstützungen

wurden aufgewendet, davon über 2 Millionen Mark für Arbeitslose, 900 000 M. für Kranke, 1 754 000 M. für Invalide und 273 000 M. für Sterbeunterstützung. Für die neu beschlossene Aussteuerunterstützung wurden 22 600 M. und für den Rechtsschutz 91 000 M. ausgegeben. Die Lohnbewegungen und Streiks erforderten über eine halbe Million Mark. Dazu kommen dann noch viele hunderttausend Mark, die bei den Arbeitsgerichten an rückständigem oder einbehaltenem Tariflohn mit Erfolg ausgeklagt werden konnten.

Die Einheitsorganisation der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie hat im Krisenjahr 1931 ihren Mann gestanden. Dem Unternehmertum gelang es nicht, seine Pläne auf Zertrümmerung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen und der bestehenden Tarifverträge zu verwirklichen. Umgekehrt erreichte die Organisation eine weitere Sicherung der Vertragsbestimmungen und teilweise sogar noch beachtliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Verband bewies, daß er mit Erfolg für seine Mitglieder kämpft und arbeitet.

Albert Thomas' Nachfolger.

Vor der Entscheidung des Verwaltungsrates des IAA.

Am Donnerstag tritt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zusammen. Er wird zunächst dem verstorbenen Direktor Albert Thomas eine Gedächtnisfeier widmen.

Die eigentliche Arbeitstagung beginnt am 1. Juli. In ihrem Mittelpunkt steht die dringend gewordene Wahl eines Nachfolgers für Albert Thomas. Als Kandidaten werden genannt: in erster Linie der dänische Finanzminister Bramsneas, der amtierende Vizedirektor des Amtes Butler; schließlich wird auch Hendrik de Man genannt. Bramsneas ist seit längerer Zeit u. a. auch Mitglied des Verwaltungsrats des IAA. Als Sozialpolitiker erfreut er sich eines guten Rufes. Ursprünglich Buchdrucker, hat er an der Universität von Kopenhagen studiert und es zum Professor der Sozialwissenschaft gebracht.

Es wäre sehr zu wünschen, wenn der Verwaltungsrat in seiner bevorstehenden Tagung die Nachfolgerschaft von Albert Thomas entschiede. Eine Vertagung der Wahl würde besonders jetzt kaum zu rechtfertigen sein. Die gewiß großen Schwierigkeiten angesichts der Vielgestaltigkeit der Interessen und Meinungen würden nicht geringer werden, wenn man der Entscheidung ausweiche.

Jedenfalls wird der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes bei dieser Entscheidung eine gewichtige Tatsache im Auge behalten müssen: In das Internationale Arbeitsamt kann unmöglich ein Mann zum Leiter berufen werden, der nicht die Zustimmung der Vertreter der Arbeiterschaft erhält.

Es ist an sich eine fast paradoxe Erscheinung, daß die leitenden Persönlichkeiten des Völkerbundes der zünftigen Diplomatie entnommen sind, die selbst dem eigentlichen Ziel des Völkerbundes nur skeptisch gegenübersteht. Wenn aber zum Leiter der Abteilung des Völkerbundes, deren ausdrückliche Aufgabe die Organisierung des Schutzes der Arbeit ist, eine Persönlichkeit berufen würde, der die Arbeiterschaft mit Mißtrauen gegenübersteht, eine Persönlichkeit, die die Sozialpolitik nur als notwendiges Uebel betrachtet, so würde das von der gesamten Arbeiterschaft aller Richtungen als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden.

Hier handelt es sich nicht darum, zu entscheiden, welches Maß von Sozialpolitik in den einzelnen Ländern und im internationalen Maßstab erreichbar ist. Das ist in erster Linie eine Machtfrage, die zwischen den Interessenvertretungen der Arbeiter und der Unternehmer in den einzelnen Ländern ausgetragen wird. Bei der Besetzung des Direktorpostens handelt es sich vor allem um die moralische Genugtuung, die der Arbeiterschaft gegeben werden muß, daß auch sie innerhalb des Völkerbundes das Recht hat mitzuwirken. Der Posten des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes ist die sichtbarste Stelle für dieses Recht. Man kann die Arbeiterschaft jetzt nicht davon ausschließen, ohne sie nicht gleichzeitig degradieren zu wollen.

Ausländische Arbeiter in Preußen.

Starke Abnahme, insbesondere bei den Polen.

Wie das Preußische Statistische Landesamt in Nr. 24 der „Statistischen Korrespondenz" mitteilt, waren im Jahre 1931 in Preußen insgesamt 133352 ausländische Arbeiter beschäftigt (gegenüber 185 780 im Jahre 1930 und etwa 875000 im Preußen alten Umfangs in den Jahren kurz vor dem Kriege).

Nach der Art der von der Deutschen Arbeiterzentrale ausgegebenen Ausweispapiere hatten davon 97 078 Arbeiter den Befreiungsschein, den hauptsächlich Arbeiter nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die schon seit langer Zeit im Lande ansässig oder hier geboren sind, erhalten, und nur 35 763 die Legitimationskarte, die für solche ausländischen Arbeiter ausgegeben wird, denen nur für eine bestimmte Zeit der Aufenthalt genehmigt wurde; in erster Linie kommen hierfür die aus den Oststaaten, insbesondere aus Polen kommenden Landarbeiter in Betracht.

Nach der Staatsangehörigkeit entfällt der stärkste Anteil auf Polen (48 453 Arbeiter = 36,3 Proz.). Es folgen mit 26 732 (20,0 Proz.) die Tschechoslowakei, mit 20 124 (15,1 Proz.) die Niederlande, mit 7405 (5,6 Proz.) Oesterreich und mit 5706 (4,3 Proz.) Jugoslawien. Die Niederländer sind fast ausschließlich Inhaber von Befreiungsscheinen und arbeiten zum größten Teil in der Industrie. Dies erklärt sich daraus, daß auch die niederländischen Behörden die Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte in Holland gestatten; zudem ist ein großer Teil der niederländischen Arbeiter seit Jahrzehnten in Deutschland ansässig oder hier geboren und spricht, wie die Volkszählung von 1925 ergeben hat, deutsch. Bei den tschechoslowakischen, österreichischen und schweizerischen Staatsangehörigen handelt es sich fast ausschließlich um Deutschstämmige. Die wenigsten Inhaber von Befreiungsscheinen befinden sich unter den Polen. Gegenüber den Jahren 1925/28 sind — mit Ausnahme der schweizerischen Arbeiter — die Zahlen der ausländischen Arbeiter aller Staatsangehörigkeiten zurückgegangen. Am stärksten war der Rückgang bei den polnischen Arbeitern, wo er über die Hälfte der Zahl von 1925/28 beträgt.

Von den ausländischen Arbeitern waren 60 187, das sind 45,1 Proz., in der Landwirtschaft und 73 165, das sind 54,9 Proz., in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben und in häuslichen Diensten beschäftigt. Die Einschränkung der Ausländerbeschäftigung erfolgte hauptsächlich bei den Landarbeitern. Bei ihnen waren 1931 57,0 Proz. der Zahl in den Jahren 1925/28 beschäftigt, bei den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitern beträgt der Satz 79,2 Proz.

Unerhörter Lohndruck.

Eine Herausforderung der Oeffentlichkeit.

Die Verhandlungen zur Erneuerung des zum 31. Juli 1932 aufgekündigten Reichstarifvertrages für die Zigarrenherstellung, die in Oeynhausen stattfanden, sind ergebnislos verlaufen. Bei einem durchschnittlichen Wochenverdienst von 18,74 M., wie er sich nach den Angaben der Tabakberufsgenossenschaft im allergünstigsten Fall für einen Vollarbeiter ergibt, wollen die Zigarrenfabrikanten — abgesehen von dem in Aussicht gestellten Abbau einer Reihe von Ortszuschlägen — die Zeitlohnsätze bis über 20 Proz. und die Stücklohnsätze bis über 30 Proz. kürzen! Außerdem fordern sie bis auf weiteres die Beseitigung der tariflichen Ferienbestimmungen und damit der Ferien überhaupt. Diese unerhörten Zumutungen sind einer Herausforderung der Oeffentlichkeit.

Die Tabakarbeiterverbände haben jede weitere Lohnkürzung sowie die Beseitigung der tariflichen Ferienbestimmungen mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Sie verlangen mit guten Gründen eine Festsetzung höherer Zeitlöhne für qualifizierte und an Maschinen beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen sowie bis zum Eintritt besserer wirtschaftlicher Verhältnisse eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 36 Stunden.

Da eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, haben die Gewerkschaften das Reichsarbeitsministerium um die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens und die Bestellung eines Schlichters ersucht.

Die Hutarbeiter in der Krise.

Nur noch ein Drittel ist voll beschäftigt.

Für die Hutarbeiter und -arbeiterinnen hat es schon lange keine guten Konjunkturjahre mehr gegeben; so schlecht wie im vorigen Jahre war die Beschäftigungslage aber noch niemals. Der Rückgang des Beschäftigungsgrades, der durch die „hutlose Mode" bereits seit Jahren zu verzeichnen ist, wurde im vorigen Jahre noch erheblich verschärft durch die Hutlosigkeit, die unzähligen Männern und Frauen durch langanhaltende Arbeitslosigkeit oder unzureichenden Verdienst aufgezwungen worden ist. Wie der Deutsche Hutarbeiterverband in seinem soeben erschienenen Jahresbericht 1931 mitteilt, waren im Monatsdurchschnitt des vorigen Jahres nur 33 Prozent seiner Mitglieder Vollarbeiter, dagegen 24 Prozent Kurzarbeiter und 43 Prozent Arbeitslose.

Bei dieser trostlosen Arbeitsmarktlage war es für die Hutfabrikanten sozusagen eine Selbstverständlichkeit, zum Herbst des Berichtsjahres alle Lohntarife zu kündigen und mit Verschlechterungsanträgen aufzuwarten, die sich von denen der ärgsten Scharfmacher in den übrigen Industrien nicht unterschieden. Dem Hutarbeiterverband gelang es zwar nicht, den Lohnabbau ganz abzuwehren; er konnte aber, wie in dem Jahresbericht besonders betont wird, erreichen, daß die Löhne in der Hutindustrie nicht in dem Maße abgebaut wurden, wie die Fabrikanten es erwartet hatten. Der Vorstand des Hutarbeiterverbandes bemerkt zu dem Kapitel Lohnabbau weiter, daß den Hutfabrikanten der Lohnabbau bestimmt nicht so leicht gefallen und vor allem nicht in dem Umfange gelungen wäre, wenn ihnen nicht das Reichsarbeitsministerium bereitwilligst Hilfe geleistet hätte.

Die Mitgliederbewegung ist durch den Rückgang der Beschäftigung natürlich auch nachteilig beeinflußt worden. Durch die lange Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind 1512 Mitglieder oder 9 Prozent der Gesamtmitgliedschaft abtrünnig geworden, so daß der Hutarbeiterverband Ende 1931 insgesamt 15 228 Mitglieder, darunter 9 422 weibliche, zählte. Die schwere Krise spiegelt sich auch im Kassenabschluß wider. Die Gesamtausgaben in Höhe von 409 215 Mk. überstiegen die Gesamteinnahmen um 24 322 Mk. Für Unterstützungen allein wurden 238 409 Mk. ausgegeben.

Recht aufschlußreich sind die Angaben über die Wahl der Betriebsvertretungen in der Hutindustrie. Von den 590 im vorigen Jahre gewählten Arbeiterräten, darunter 243 weiblichen, gehörten 557, darunter wiederum 229 weibliche, dem Hutarbeiterverband und anderen freien Gewerkschaften an; nur 13 Arbeiterratsmitglieder in der gesamten deutschen Hutindustrie waren unorganisiert.

100 Versammlungen gegen die Nazis.

Der Einheitsverband der Eisenbahner führt zur Zeit im ganzen Reich einen scharfen Vorstoß gegen die Nazis. Im mitteldeutschen Bezirk wurden z. B. etwa hundert glänzend besuchte Versammlungen veranstaltet. Ihr Thema lautete: „Wer kann die Eisenbahner retten? Der Nationalsozialismus oder die Arbeit der freien Gewerkschaften?"

Die Führer der Nazibetriebszellen bei der Reichsbahn waren überall mit der ausdrücklichen Zusicherung unbeschränkter Redezeit eingeladen worden, aber nur in der ersten in Halle abgehaltenen Massenversammlung hatten sie den Mut, sich zu einer geistigen Auseinandersetzung zu stellen. Sie fielen bei den Eisenbahnern glatt ab; denn diese haben die Hohlheit der Hitler-Redensarten durchschaut.

Eine geistige Auseinandersetzung können die Nazis mit den Gewerkschaften nicht riskieren. Sie wissen das auch, vor allem wissen das die im Dunkeln bleibenden Drahtzieher der Hitler-Partei, und darum war von allem Anfang an ihre Taktik nur auf Krawall, Mord und Totschlag eingestellt.

Arbeitsbeschaffung im Gartenbau.

Entschließung der Notgemeinschaft.

Die Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gärtnergewerbes, darunter auch die Reichsfachgruppe Gärtnerei im Gesamtverband, bilden eine Notgemeinschaft des deutschen Gartenbaus, die sich insbesondere die Arbeitsbeschaffung angelegen sein läßt. In einer Entschließung zu dieser Frage wird erklärt, daß der Gartenbau im wesentlichen auf allgemeine Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit angewiesen ist.

Die Notgemeinschaft betont, daß die gärtnerischen Arbeitnehmer für verschiedene von Reich, Staat und Gemeinden in Angriff genommene Arbeitsbeschaffungspläne eine besondere Eignung mitbringen, und daß sie deshalb vorzugsweise bedacht werden sollten. Im besonderen gilt das für Siedlungsarbeiten, Urbarmachung von Moor- und Oedländereien, Aufforstungen usw.

„Auch aus Gründen möglichster Arbeitsergiebigkeit erscheint das Verlangen berechtigt, daß bei den allgemeinen Bodenkulturarbeiten ein bestimmter Teil von Gärtnern und angelernten Arbeitern — etwa ein Viertel bis ein Drittel der Gesamtbelegschaft — Arbeitsmöglichkeit erhält. Auch für die Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen in den Garten- und Parkanlagen der Gemeinden wird diese Forderung durch die Notgemeinschaft des deutschen Gartenbaus erhoben und nachdrücklichst unterstützt.

Gärtnerische Beratung und Mitarbeit durch erwerbslos gewordene Gartenbaubeamten, Gartenarchitekten und Techniker in allen mit der Siedlung im Zusammenhang stehenden Fragen, bei der Bekämpfung von Krankheiten und Schädlingen im gesamten Gartenbau und auf manchen anderen Gebieten liegt gewiß im allgemeinen Interesse. Deshalb sind auch solche gärtnerischen Angestellten bei der Arbeitsbeschaffung bevorzugt zu berücksichtigen."

Achtung, Bauarbeiter! Hiermit verhängen wir über die Firma Paul Witt, Töpfermeister, Oberschöneweide, Wilhelminenhofstraße 5, wegen Nichtanerkennung der tariflichen Bestimmungen die Sperre. Die Firma Witt führt auf der Baustelle Holzmann, Hohenschönhausen, Töpferarbeiten aus.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin,
Fachgruppe der Töpfer.

Im Kölner Hafen hatten am Montag die Aushilfsarbeiter und am Donnerstag die ständigen Hafenarbeiter die Arbeit eingestellt. Nach einer Aussprache vor dem Schlichter wurden die Differenzen beigelegt. Die Lohnkürzung um 4 bis 5 Proz. soll nicht vor dem 1. Juli vorgenommen werden. Der Rahmentarif läuft bis Jahresschluß.

SPD.-Fraktion Gaswerke Tegel. Mittwoch, 29. Juni, nach Arbeitsschluß, im Lokal „Zum Bären", Berliner Str. 40, Ecke Egelstraße, Fraktionssitzung. Parteibuch legitimiert. **Der Fraktionsvorstand.**

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Lichtenberg:** Jugendheim Hunterstr. 44. Aussprache: „Proletarische Jugendbewegung, ihre Geschichte und ihre Zukunft". — **Nordwest:** Jugendheim Lehrter Str. 18—19. Vortrag: „Die Frau und der Sozialismus". Referent Boenig. — **Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1. Aussprache: „Tagespolitische Rundschau". — **Spiele im Freien** ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Rehberge. — **Handballer:** Trainingsspiele auf dem Sportplatz Innstraße in Neukölln.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute 19½ Uhr tagen die Gruppen: **Gewerkschaftshaus:** Jugendheim Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25. „Schutzpolizei und Volksstaat." — **Steglitz:** Jugendheim Flemmingstr. 14b. Wir lesen aus dem Buch „Die Eiserne Ferse". — **Spandau-Wilhelmstadt:** Jugendheim Sportplatz Seeburger Straße. Lichtbildervortrag: „Heinrich Fille". — **Pankow:** Jugendheim Kissingenstraße 48, Zimmer 5. „Der organisatorische Aufbau der FGJ." — **Treptow:** Jugendheim Elsenstr. 3 (am Bhf. Treptow). „Das Internationale Arbeitsamt in Genf." — **Frankfurter Allee:** Jugendheim Litauer Str. 18. „Arbeitsgerichtssitzung." — **Lichtenberg:** Jugendheim Dorfstr. 22. Treuen-Abend. — **Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Gunterstr. 44. „Die französische Fremdenlegion." — **Ostende:** Jugendheim Karlshorst, Treskowallee 44 (Kantschule). Jule kommt. — **Wedding:** Jugendheim Wildenowstr. 5, 2 Treppen, Zimmer 11. Die Mädchen gestalten den Abend aus. Titel: „Wird schon werden". — **Schöneweide:** Jugendheim Hasselwerderstraße, Mädchenschule im Keller. „Arbeitsgerichtssitzung. — **Wir spielen ab ab 18 Uhr: Kreis Oberspree:** Rehwiese; **Nordostkreis:** Sportplatz Einsame Pappel, Cantianstraße; **Nordkreis:** Sportplatz Humboldthain. — **Jugendgruppe des Deutschen Baugewerksbundes,** Maurer, Charlottenburg: Bauabend, Jugendheim Pestalozzistr. 40.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Herbert Lepère; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Heute Sklarek-Urteil.

Alle fühlen sich gänzlich unschuldig. – Leos große Rede.

Im Sklarek-Prozeß hatten gestern sämtliche Angeklagten bis auf die Sklarek-Buchhalter Lehmann und Tuch das letzte Wort erhalten. Wie der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Keßner, mitteilte, werden heute Lehmann und Tuch zu Worte kommen, und im Anschluß daran wird um 11 Uhr am 124. Verhandlungstag das Urteil im Sklarek-Prozeß verkündet werden.

Der vorletzte Tag des Sklarek-Prozesses hatte einen starken Andrang von Publikum zur Folge. Sämtliche Angeklagten waren zur Stelle. Leo Sklarek erhielt das letzte Wort. Er hatte zwar ein ausgearbeitetes Manuskript von etwa 20 Seiten bei sich, wich aber bei seiner Rede ersichtlich von dem Manuskript ab und sprach ziemlich zusammenhanglos. Zunächst wandte er sich gegen den Vorwurf der Staatsanwaltschaft, daß er gefühlsroh sei und behauptete, daß er immer ein gutmütiger und hilfsbereiter Mensch gewesen sei. Auch für die Arbeiter und Angestellten habe er sich immer eingesetzt und habe auf Bürgermeister Schneider eingewirkt, daß Exmissionen unterblieben. Seinen Bruder Max bezeichnete er wieder als den Napoleon, der er nicht nur jetzt auf dem Krankenbett, sondern auch schon in der Untersuchungshaft gewesen sei, wo er durch seine Verbindungen Erleichterungen gehabt hätte. Dann wandte er sich gegen den Mitangeklagten Stadtrat Gäbel, dessen Verteidiger behauptet hätte, er sei durch die Sklareks verführt worden. „Lieber Otto, nimm mir das nicht übel, aber du hast damals auch Austern gegessen und bist in die Lokale wie „Libelle" und „Barberina" gegangen." Das größte Unglück sei gewesen, daß man Kieburg kennengelernt habe. Kieburg habe sich, wie alle Einkäufer, Provisionsgelder zahlen lassen. Auf den Verkehr mit der Stadtbank eingehend, wandte sich Leo Sklarek dann gegen den Stadtbankdirektor Hoffmann und meinte, wenn dieser in Untersuchungshaft gesessen hätte, dann hätte er sicherlich ausgepackt und die Hintergründe des Sklarek-Kredits geschildert. Weiter beschäftigte sich Sklarek mit Stadtrat Busch, Kommerzienrat Haberland und dem Straßenbahndirektor Lüdtke. In dem Sklarek-Prozeß, so meinte er dann, seien viele Meineide geschworen worden. Wenn er, Leo Sklarek, aber in den Disziplinarverfahren als Zeuge gehört würde, dann werde er die reine Wahrheit sagen. Was Max mit Schmitt und Oberbürgermeister Böß vereinbart habe, werde wohl ein ewiges Geheimnis bleiben, wenn es nicht gelänge, Max auf die Anklagebank zu bringen. Der Antrag des Oberstaatsanwalts sei ganz furchtbar, denn er, Leo Sklarek, hätte nie geahnt, daß er sich irgendwie strafbar gemacht hätte. Zum Schluß sagte er: „Sollte ich mich strafbar gemacht haben, was mir nicht zum Bewußtsein gekommen ist, so bitte ich das Gericht, zu bedenken, daß ich Frau und Kinder habe."

Willi Sklarek, der sich wesentlich kürzer faßte und viel ruhiger war, sagte, der einzig berechtigte Vorwurf, den man ihm machen könne, sei, daß er leichtsinnig gelebt habe. Daran seien aber nicht die acht Angeklagten allein schuld, sondern der Kreis sei viel größer gewesen. Willi Sklarek bestritt ganz entschieden, irgendwelches Geld beiseite gebracht zu haben und betonte, daß er nichts Strafbares begangen habe.

Der Angeklagte Stadtbankdirektor Schmitt schloß sich den Ausführungen seines Verteidigers an, erklärte, seine makellose dienstliche Vergangenheit gebe die Gewähr dafür, daß er sich nicht habe bestechen lassen und keine Pflichtwidrigkeiten begangen habe, und bat um ein freisprechendes Urteil.

Der Angeklagte Statdbankdirektor Hoffmann erklärte, daß er seine Pflicht bis aufs äußerste erfüllt habe und sich nie etwas hätte zuschulden kommen lassen. Er sei ein vollständig unschuldiger Mensch und bitte um seine Freisprechung.

Der Angeklagte Bürgermeister Kohl betonte, daß er während seiner langen kommunalen Tätigkeit nur das Interesse der Stadt im Auge gehabt habe. Er habe von den Sklareks keine Zuwendungen erhalten, sondern sich das Haus aus den eigenen Ersparnissen seines arbeitsreichen Lebens gekauft. Er habe auch keine Pflichtwidrigkeiten begangen und stehe deshalb vor sich selbst rein da. Auch er bat um einen Freispruch.

Die übrigen Angeklagten, Stadtamtmann Sakolofski, Stadtrat Gäbel, Stadtrat Degner, Bürgermeister Schneider und Buchprüfer Luding gaben ähnliche Erklärungen ab. Auch sie hielten sich alle für unschuldig und baten um Freisprechung.

Kommt Max Sklarek nicht mehr vor Gericht?

Der Verteidiger von Max Sklarek hat nunmehr die Einstellung des Verfahrens gegen Max Sklarek auf Grund des § 205 der Strafprozeßordnung beantragt. Dieser Paragraph bezieht sich nach seinem Wortlaut nur auf die Fälle, in denen das Verfahren eingestellt werden muß, weil der Angeklagte geisteskrank ist. In der strafprozessualen Praxis ist dieser Paragraph aber auch wiederholt dann angewandt worden, wenn ein Angeklagter wegen seiner Krankheit nicht verhandlungsfähig ist und die Schwere der Erkrankung die Möglichkeit ausschließt, daß er jemals wieder verhandlungsfähig werden könnte.

Krieg im Dunkel.

Nazischlägereien in allen Stadtteilen.

In den letzten 24 Stunden haben die SA.-Trupps ihren Straßenterror fortgesetzt. In den meisten Fällen ist es der Polizei gelungen, die angreifenden Hakenkreuzler festzunehmen, bevor es zu schweren blutigen Auseinandersetzungen kommen konnte.

In der Barfusstraße im Norden Berlins versuchte eine größere Schar Nationalsozialisten in ein Lokal einzudringen. Bei dem Handgemenge erlitten zwei Parteigenossen Verletzungen, so daß sie auf der nächsten Rettungsstelle behandelt werden mußten. Die Mehrzahl der nationalsozialistischen Angreifer konnte vom Ueberfallkommando festgenommen werden. In der Idealpassage in Neukölln wurden von Nationalsozialisten die Fensterscheiben unseres Parteibüros eingeworfen. Drei der Fensterstürmer konnten von der Polizei in Haft genommen werden.

In der Umgebung des Bülowbogens kam es in der vorletzten Nacht zwischen Nazis und Kommunisten zu einem regelrechten Kleinkrieg, bei dem von beiden Seiten geschossen wurde. — In der Berliner Straße in Tempelhof wurde ein harmloser Passant von Nazis niedergeschlagen. Fünf Nazis konnten von der Polizei ergriffen werden. — Montag früh, kurz vor 3 Uhr, wurden aus einer Autodroschke in der Rubensstraße in Schöneberg auf ein KPD.-Lokal zahlreiche Schüsse abgefeuert. Die Scheiben gingen in Trümmer, verletzt wurde jedoch niemand. Die Täter entkamen. — In der Seestraße wurden Sonntagnacht mehrere Reichsbannerleute von Hakenkreuzlern überfallen, die aus ihrem Verkehrslokal, mit Stühlen, Biergläsern und Flaschen bewaffnet, auf die Straße liefen und auf die Reichsbannerleute einschlugen. Die rechtzeitig auf dem Kampfplatz erschienene Polizei nahm mehrere Nazis fest.

Nazis wieder gegen Polizeibeamte.

SA.-Sturm auf früheres KPD.-Lokal in Steglitz.

In der Düppelstraße in Steglitz kam es gestern abend zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Durch das rechtzeitige Einschreiten der Polizei wurde schlimmeres Unheil verhütet. Als mehrere SA.-Krakeeler zwangsgestellt werden sollten, drangen SA.-Leute auf die Beamten ein und versuchten, ihren Kumpanen dadurch zur Flucht zu verhelfen. Einer der Burschen, der die Beamten in ihrer Amtshandlung behindert hatte, konnte festgenommen werden.

Um 21.30 Uhr stürmte ein SA.-Trupp das frühere KPD.-Verkehrslokal am Carmerplatz in Steglitz. Mehrere Schaufensterscheiben und die Tür des Restaurants wurden von den nationalsozialistischen Vandalen zertrümmert. Da sich in der Gastwirtschaft keine Kommunisten befanden, zogen die Burschen wieder ab. Ein Teilnehmer an diesem „Racheseldzug" wurde später festgenommen.

Selbstmord zweier Berliner Bankiers.

Mit Gift und Revolver.

Die Nachricht von den Selbstmorden zweier Berliner Bankiers hat in Bankkreisen erhebliches Aufsehen hervorgerufen. Am Sonnabend erschoß sich, wie erst jetzt bekannt wird, der 51 Jahre alte Bankier Robert L. in einem Hotel Unter den Linden. Einen Tag zuvor war der Bankier Siegfried B. an einer Veronalvergiftung, nachdem er einige Tage in einer Klinik gelegen hatte, gestorben.

Es war zunächst der Verdacht aufgetaucht, daß die Selbstmorde mit verfehlten geschäftlichen Transaktionen in Verbindung stehen würden. Das hat sich bei der Untersuchung jedoch als irrig herausgestellt. L. hat offenbar im Alkoholrausch zur Waffe gegriffen, nachdem er vorher ins kleinste seine Hinterlassenschaft geregelt hatte. In einem Abschiedsbrief erklärt der Lebensmüde, daß er dem Alkohol unterlegen sei und deshalb in den Tod gehen werde.

Der Bankier B., Mitinhaber eines Bankhauses in der City, hat die Tat vermutlich in einem Nervenanfall infolge Arbeitsüberlastung begangen. B. wurde in der vorigen Woche in seinem Schlafzimmer bewußtlos aufgefunden. Man schaffte ihn in eine Berliner Klinik, wo eine Veronalvergiftung festgestellt wurde. Hilfe konnte dem Lebensmüden leider nicht mehr gebracht werden.

Neue Sparkassennebenstelle in Wittenau. Die Sparkasse der Stadt Berlin hat in Berlin-Wittenau, Oranienburger Str. 218, eine Nebenstelle eingerichtet. Verwalter ist der Kolonialwarenhändler Herr Franz Martens. Die Nebenstelle nimmt Einzahlungen von 1 M. an auf jedes Sparbuch der Sparkasse der Stadt Berlin entgegen. Sie fertigt auch selbst neue Sparbücher aus.

Reichsbanner in Bereitschaft.

Der Appell im Stadion. – Stärkt die Schutztruppe der Republik!

Für die Fünfzigtausend, die am Sonntag hinaus zum Grunewald-Stadion gekommen waren, wurde der Reichsarbeitersporttag zu einem erhebenden Erlebnis, weil er durch das Zusammenwirken aller in der Eisernen Front zusammengeschlossenen Organisationen die Einigkeit, Disziplin und Bereitschaft der Berliner Arbeiterschaft neu dokumentierte. Den Zehntausenden, die nach der mitreißenden Rede Paul Löbes mit hochgereckter Faust den Freiheitsgruß ausbrachten, war diese Handlung nicht nur Symbol, sondern heiliger Schwur, bis zum letzten für die Freiheit zu kämpfen. Wenn die grenzenlose wirtschaftliche Not es nicht so manchem unmöglich gemacht hätte mithinauszuziehen, so hätte das Stadion doppelt so groß sein können, und es hätte nicht alle zu fassen vermocht.

Es war kein Zufall, daß die Kameraden des Reichsbanners bei ihrem Einmarsch mit den Genossen der Eisernen Front besonders stürmisch begrüßt worden. Wir sehen, welche wichtigen Aufgaben die Schutztruppe der Republik gerade jetzt zu erfüllen hat, da die nationalsozialistischen Volksverhetzer den Brudermord über Deutschland gebracht haben. Das Reichsbanner neben Partei, Gewerkschaften und Arbeitersportorganisation zu stärken, erscheint im Augenblick mit als die wichtigste Aufgabe der republikanischen Arbeiterbewegung.

Die Mannschaften der aktiven Berliner Reichsbannerkameraden hatten eine Stunde vor Beginn des eigentlichen Festes Aufstellung genommen. Punkt 15 Uhr nahm der Bundesführer Karl Höltermann mit dem gesamten Gauvorstand den Appell ab. So oft der Arm Höltermanns in die Höhe flog, brauste ihm beim Abschreiten der Fronten aus Hunderten von Kehlen begeistert der Freiheitsruf entgegen. Der Bundesführer konnte sich davon überzeugen, daß das Berliner Reichsbanner über glänzendes Menschenmaterial verfügt.

Gewiß, in der Einheitlichkeit der Uniform hätten die aufmarschierten Formationen mit den neu eingekleideten SA.-Trupps mit ihren Notverordnungsjacken nicht bis zum letzten konkurrieren können. Und wir sind stolz darauf! Der Reichsbannerkamerad in der abgetragenen Windjacke schaut mit Verachtung auf den SA.-Mann mit der „verliehenen" Uniform. Er weiß nur zu gut, daß dieser mit seiner „Uniform" sein politisches Freiheitsrecht verkauft.

Nach dem Appell formierte sich der Zug, an dessen Spitze gleich hinter den Spielleuten unter Führung des technischen Leiters Arthur Reidhardt der Gauvorstand mit Höltermann in der Mitte marschierte, darunter auch der Vorsitzende der Berliner Sozialdemokratie, Franz Künstler, in der Bundeskleidung des Reichsbanners.

Jede Stunde des Tages gehört der Juno!

Gleichgültig wo, gleichgültig wann,
immer und überall treffen Sie auf die gute
JUNO.
Das sind Tatsachen, die stärker als Worte dafür sprechen, daß unser Grundsatz:
„Alles für die Qualität"
und nichts für Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien, von der Raucherwelt anerkannt wird.
Juno wirkt nur durch ihre Güte!

Der Nazi-Gewährsmann!

Ein Betrüger und Schwindler.

Eine mehrtägige Verhandlung vor dem Schöffengericht Charlottenburg enthüllte das wahre Gesicht eines Gewährmannes der Nationalsozialisten, des Herrn Julius Schlichting. Man erfuhr, was für ein Individuum das Material zu einer widerlichen Hetze gegen Severing geliefert hatte. Unter der Maske eines Biedermannes hatte er es verstanden, seinen Freunden jahrelang Sand in die Augen zu streuen, unter Mißbrauch ihrer Namen Schwindeleien zu begehen, um, endlich entlarvt, zu den Feinden seiner früheren Freunde hinüberzuwechseln.

Herr Julius Schlichting besaß ein gutgehendes Installationsgeschäft. Er ließ sich in Spekulationen ein, lebte über seine Mittel, es ging mit ihm bergab, er war schließlich nicht imstande, seinen Angestellten die Gehälter zu zahlen, gab aber seine Lebensweise nicht auf, sondern setzte sie fort auf Kosten seiner Mitmenschen, die er in der skrupellosesten Weise betrog, selbst vor Kautions- und Heiratsschwindel schreckte er nicht zurück. Unter der Vorspiegelung, heiraten zu wollen, und Vortäuschung, er sei geschieden, näherte er sich einer Frau B. und brachte sie um ihre ganzen Ersparnisse in Höhe von 3500 M.

Als alles das nicht mehr ausreichte, ließ er sich vom Stahlhelm, dessen Mitglied er geworden war, einen Lagerverwalter empfehlen, ließ sich von diesem in Form einer Kaution ein größeres Darlehen geben, vier Wochen später erklärte er, ihm nicht das vereinbarte Gehalt zahlen zu können. Sein Geld sah der Mann nicht wieder. Aehnlich verfuhr er mit G., den er als „Akquisiteur gegen ein Darlehen" von 4500 M. engagierte.

Viele Zehntausende von Mark flossen durch andere Betrügereien in seine Taschen.

Seinen Friseur brachte er um dessen ganzes Vermögen, in zehn Tagen sollte das Geld zurückgezahlt sein; er habe vom Staat 78 000 M. zu erhalten, erklärte er; die Plauener Sparkasse habe ihm 200 000 M. zugesagt, in Wirklichkeit schuldete er dieser 180 000 M.

Der Staatsanwalt hob die gemeine Gesinnung des Angeklagten hervor, auch den Umstand, daß er sich vor dem Gericht nicht entblödet habe, die Leute, die er in unglaublichster Weise geschädigt, ja selbst vollkommen ruiniert habe, in der unflätigsten Weise anzugreifen. Das Gericht verurteilte den sauberen Herrn wegen Betruges in zwanzig Fällen, Pfandbruches in vier Fällen, wegen Pfandbruches in Tateinheit mit Unterschlagung in fünf Fällen zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis und wegen der gemeinen Gesinnung zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Von einem Haftbefehl wurde abgesehen.

So sehen Gewährsleute der Nationalsozialisten aus!

Großfeuer!

Gefährliche Dachstuhlbrände in Neukölln und in Charlottenburg.

In den gestrigen Nachmittagsstunden war die Feuerwehr mit der Bekämpfung zweier großer Dachstuhlbrände längere Zeit beschäftigt.

Der erste Feueralarm kam aus der Schillerstraße 75 in Charlottenburg. Dort war gegen 13 Uhr im Dachstuhl des Quergebäudes aus unbekannter Ursache Feuer entstanden, das rasch um sich griff und auf den Seitenflügel übersprang. Vier Schlauchleitungen größter Kaliber mußten in Tätigkeit gesetzt werden, um die Flammen, die eine weitere Ausdehnung zu gewinnen drohten, einzukreisen. Starker Rauch erschwerte die Löschaktion. Durch herabdringende Wassermassen ist in den oberen Etagen schwerer Schaden entstanden. Die Ablöschungs- und Aufräumungsarbeiten waren erst in den späten Nachmittagsstunden beendet.

Um 16.47 Uhr traf die zweite Feuermeldung aus der Böhmischen Straße 31—32 in Neukölln ein. Dort war gleichfalls der Dachstuhl des langgestreckten Eckhauses in Brand geraten. Als die alarmierten Feuerwehren an der Brandstelle eintrafen, hatte das Feuer, das an Bodengerümpel und dem trockenen Dachgebälk reiche Nahrung fand, bereits weit um sich gegriffen. Etwa 250 bis 300 Quadratmeter Dachstuhl brannten herunter. Als Entstehungsursache ist Selbstentzündung festgestellt worden.

Jeder sei ein Lebensretter!

Wie in den Badeanstalten der Berliner Polizei gearbeitet wird.

Die Leute, die vorgeben, Deutschland „erneuern" zu wollen, haben es soweit gebracht, daß ein entarteter politischer Bruderkampf jeden Tag mehrere Menschenopfer fordert. Ein Menschenleben gilt den gewerbsmäßigen Volksverhetzern nicht viel. Die Polizei, als die Hüterin über Leben und Sicherheit der Staatsbürger, hat in diesen unruhigen Zeiten ihren Rettungsdienst besonders ausgebaut. Einen Ausschnitt aus dieser Arbeit schildert der nachstehende Artikel.

Jeder Polizeibeamte ein Schwimmer, jeder Polizeibeamte ein Retter, das ist das Ziel der Schwimmausbildung in der Schutzpolizei Berlin. Jeder Polizeibeamte muß und soll so weit im Schwimmen und Retten vorgebildet sein, daß er, wenn es sein muß, in voller Uniform einem Ertrinkenden nachspringen und Hilfe bringen kann. Gerade Berlin mit seinen vielen Wasserstraßen und der wasserreichen Umgebung bringt die Polizeibeamten fast täglich in die Lage, einem Ertrinkenden Rettung bringen zu müssen. Daß die Schutzpolizei auch hier ihren Mann steht, davon zeugen die Rettungsmedaillen, die im Laufe der Zeit viele Beamte der Schutzpolizei erwerben konnten und die mit besonderem Stolz getragen werden.

Wenn auch im Winterhalbjahr die Schwimmausbildung nie ganz ruht, so herrscht doch gerade in den Sommermonaten Hochbetrieb in den vom Polizeipräsidium gemieteten Badeanstalten. Ein beängstigendes Gewimmel herrscht in einer solchen Badeanstalt. Man sieht es den Beamten an, daß ihnen dieser Dienst besonderen Spaß macht. Da übt der junge Bereitschaftsbeamte neben dem älteren Revierbeamten, der schon seine Kinder mit zum Schwimmen bringt.

Wie geht nun die Schwimmausbildung vor sich? Die Leine und die Angel, die vielen von der Militärdienstzeit als wahre Marterinstrumente in Erinnerung sein werden, sind streng verpönt. Nur da, wo kein flaches Wasser vorhanden ist, sind sie noch vereinzelt im Gebrauch. Aber auch hier gibt es kein Tauchen und unnötige Ueberanstrengung, denn nur der Beamte wird auch im vorgeschrittenen Alter das Schwimmen erlernen, der das Vertrauen zum Wasser gewinnt. Im seichten Wasser übt der Beamte unter Anleitung von Kameraden, die als Schwimmlehrer geeignet sind, so lange, bis er tatsächlich schwimmen kann. Die nächste Etappe ist das Schwimmen mit Schwimmkorken im freien Wasser. In verhältnismäßig kurzer Zeit ist der Schwimmschüler dann so weit, daß er die vorgeschriebene Viertelstunde schwimmen kann und damit das Freischwimmerzeugnis erwirbt.

Ist die Ausbildung zum Freischwimmer in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erreichen, so erfordert die Ausbildung zum Retter mehr Zeit und für den Schwimmlehrer viel Geduld, denn der Retter muß ein unbedingt sicherer Kleider- und Rückenschwimmer sein. Hier geht es ohne kräftiges Wasserschlucken meist nicht ab. Der Schüler soll sich aber auch von den sehr unangenehmen Umklammerungsgriffen Ertrinkender befreien können. Da sich diese Befreiungsgriffe aber unter Wasser abspielen, muß er auch Tauchen lernen. Der Minister des Innern hat hier ganz besondere Uebungen vorgeschrieben, die jeder Polizeibeamte in jedem Jahr neu ablegen muß. Darüber hinaus hat das Kommando der Schutzpolizei noch einen Schwimm-Mehrkampf ausgeschrieben. Diesen Schwimm-Mehrkampf gewinnt die Dienststelle, die die meisten Rettungsschwimmer ausbildet.

Neben dieser Ausbildung veranstaltet das Kommando der Schutzpolizei Schwimm-Wettkämpfe für die fortgeschrittenen Schwimmer. Wer Gelegenheit hatte, diesen Wettkämpfen beizuwohnen, der konnte feststellen, daß die Polizeibeamten auch im sportlichen Wettkampf Leistungen zeigen, die weit über dem Durchschnitt liegen. Die nächsten Schwimm-Wettkämpfe finden am Mittwoch in der Polizei-Badeanstalt in Spandau, Schäferstraße, statt. Der Eintritt zu der Veranstaltung, die am Nachmittag beginnt, ist frei.

Ernähre dich modern!

Aber erst müssen die Arbeiter wieder Geld haben.

Kürzlich trat die Reichsarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Volksernährung vor eine breitere Oeffentlichkeit. Diese Reichsarbeitsgemeinschaft ist eine Spitzenorganisation von Verbänden und Vereinigungen, die an der Aufklärung über richtige Ernährung interessiert sind. Am Mittwoch beginnt in Berlin eine Tagung dieser Arbeitsgemeinschaft, auf der alle einschlägigen Themen behandelt werden. Zusammen mit der Tagung läuft im Europahaus eine entsprechende Ausstellung über die Grundfragen moderner Ernährung. Es handelt dabei aber nicht um eine einseitige Rohkostpropaganda, sondern jedem Nahrungsmittel steht es frei, für seine Güte zu werben.

Scharf stehen sich die Fleisch- und die Pflanzenköstler gegenüber, wobei die Vegetarier sehr sinnfällig darstellen, wieviel mehr eingefangenen Sonnenschein der Mensch bei basenreicher Pflanzenkost zu sich nimmt. Ohne daß man nun im einzelnen Stellung nimmt, bleibt der Vorzug dieser Reichsarbeitsgemeinschaft, daß sie endlich die Fragen zweckmäßiger Ernährung vor einem größeren Publikum stellt. Denn bei allem Fortschritt unserer Technik sind die Methoden der Essenzubereitung meistens besonders im Arbeiterhaushalt, wo man Maschinen und neue Kochgeräte nicht anschaffen konnte, immer noch die gleichen geblieben wie zu Urgroßvaters Zeiten.

In einem Vortrag wurde übrigens bemerkt, daß man heute nicht mehr nur die 6 Millionen Erwerbslosen einsetzen darf, sondern besser von 14 Millionen Erwerbsbeschränkten zu sprechen hat. Man wies also erfreulicherweise darauf hin, daß bei einer richtigen Ernährung die kaufenden Massen auch Geld im Portemonnaie haben müssen.

Wieder zwei tödliche Verkehrsunfälle.

Gestern ereigneten sich wieder zahlreiche schwere Verkehrsunfälle. Am Treptower Park wurde die 69 Jahre alte Berta Hein aus der Elsenstraße 51 von einem Auto überfahren. Die Verunglückte wurde ins Urbankrankenhaus gebracht, wo die Aerzte bei der Einlieferung nur noch den Tod feststellen konnten. — An der Ecke Kurfürstendamm und Nestorstraße geriet der Opernsänger Dr. phil. Richard Banasch aus der Sybelstraße 40 in Charlottenburg unter die Räder eines Privatautos. B. wurde ins Martin-Luther-Krankenhaus gebracht, wo er kurze Zeit nach seiner Einlieferung starb. — An der Ecke Germann- und Mulackstraße wurden zwei Passanten von einer Autodroschke überfahren. Die Verunglückten, der 57 Jahre alte Geschäftsmann Emil Enderlein aus Freienwalde a. d. Oder und der 51jährige Tischler Josef Normann aus der Prinzenstraße 46 fanden im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme.

Danziger Kaufmannstragödie.

Großdruckereibesitzer geht mit Familie in den Tod.

Danzig, 27. Juni.

Gestern früh wurde der in Danzig wohlbekannte Kaufmann Gerhard Dix, der Besitzer der Großdruckerei Dix u. Co. in Danzig, zusammen mit seiner Frau und seinen beiden Kindern mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Wie aus einem hinterlassenen Brief hervorgeht, hat Dix, der im Alter von 46 Jahren stand, im Einverständnis mit seiner 41jährigen Ehefrau die Tat aus wirtschaftlicher Not und wegen Krankheit in der Familie begangen. Die Kinder, ein Knabe von elf Jahren und ein achtjähriges Mädchen, konnten ebenso wie die Eltern nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden.

Kopenhagen—Berlin in zwei Stunden.

Wie die Lufthansa mitteilt, ist die Junkers G 38, D 2500, am gestrigen Montag in den regelmäßigen Dienst auf der Strecke Berlin—Hannover—Amsterdam—London eingesetzt worden, nachdem sie von einem Flug nach Kopenhagen zurückgekehrt ist, wo sie an einem Flugtag teilnahm. Bei dem Rückflug legte sie die Strecke Kopenhagen—Berlin in zwei Stunden zurück.

45

Das Schottentor schmeißt ja ordentlich Licht aus. Hoffentlich sieht mich keiner hier. Ah, du bist's, Totenfischer?! Eia, Glenk, wie hast du mein empfindliches Gemüt durch deine Nahung erschreckt! Wohin willst du? An den Rhein? Jetzt, zu dieser hundsheulenden Zeit? Treibt wohl irgendwo wieder ein Toter an? Was, du hast's im Gefühl, wenn es einen gegen die Pfähle schwemmt? Höre, wie lange bleibt ein rechtschaffen Ertrunkener unten im Tang? So, volle neun Tage? Das ist eine verdammt lange Zeit! Ich möchte nicht neun Tage im Rheinwasser schwimmen, nein, ich nicht, ich bestimmt nicht! Nein, wenn schon gestorben sein muß, lieber gleich auf der Stelle hin sein, kein langes Quälen und Sichwehren! So ein Herzschlag, verstehst du, Glenk, das wäre etwas Reelles! Fort, weg, mitten aus dem Betrieb raus! Wenn die andern noch tafelnd am Tisch sitzen, still die Türe aufmachen, ade, meine Herren, ich marschier jetzt in ein anderes Zimmer! Haha, hoffentlich ist's nicht so verwanzt und so verungeziefert wie mein altes! Sonst wäre ja der Umzug sozusagen zwecklos! Was, es gibt auch welche, die gar nicht untergehen, sondern die wie ein Kork die stillen Wasser beschwimmen? Was, du träumst jedesmal, wenn dich ein Toter an deine Arbeit ruft? He, so sage, was hast du heute geträumt? Hast du etwa mich davonschwimmen sehen? Hier, mein samtenes, totenschwarzes Wams? Nein? Nicht? Dann hätt' ich also noch mal Schwein gehabt! Was, sagst du, hat dein heutiger Traumtoter an? Ein gelbes Wams? Ob du dich diesmal nicht irrst, Totenfischer? Wer trägt hier in Konstanz ein gelbes Wams, wenn's nicht ein Jud ist, und ein Jud, Glenk, soviel mußt du wissen, bringt sich nicht selber um. Der säuft nicht freiwillig Rheinwasser.

Ein Jude hat zuviel Mores vor Abrahams Schoß, die Welt ist ihm sicherer. Ein gelbes Wams, du beharrst darauf? Nur eines gibt es in Konstanz, Glenk, und das gehört einem helläugigen Milchgesicht bei den Böhmen, einem Jungen aus Prag, dem Herrn Kepka bedienstet. Aber der Junge schläft zur Zeit in der steinernen Arche im Knappenbett und wird wohl im Traum an einer Jungfer Brust schwimmen, aber nicht im Rhein, vorausgesetzt, daß ihn das Hundsgeheule nicht aufgeweckt hat. Bleib mir vom Leib mit den Träumen, Glenk! Träume sind Schäume! Falls du es noch nicht gewußt haben solltest, so wirst du es heute an deinem Gelbwämsigen sehen! Nein, ich komm nicht weiter mit, Totenfischer, ich schwenke hier ab, zum Klaghaus hinüber. Ich hab in dieser Gegend noch was Lebendiges zu fischen. Hahaha, nein, nicht wie du meinst; kein Vergnügen, nichts Unterröckiges, hundertprozentiges Geschäft. Wie seiltänzerhaft der Kerl da auf dem Mondstreifen dahinschwebt! Er sieht mit seinem Viereckschädel und dem gemoserten Gesicht selber aus wie ein Ertrunkener. Kein Wunder, daß sein Gestell alle Wasserleichen anzieht wie ein Magnet die Eisenfeilspäne. Ein Totenmagnet! Pfui Teufel, ich möchte nichts mit ihm zu tun haben! Ins Leben wollen wir, Zagg, nicht wahr, alter Bursche, ins Leben! Ins Leben! Pst! Herr! Ritter!

Ja, er ist's; er trägt die lederne Binde. Jawohl, gut Freund, Ritter! Jawohl, mich schickt der Notar. Wo mein Mann ist? Der Hus? Vorm Turm Sankt Paul steht er und schreit: „Jeronym! Jeronym!" Nein, ich bin kein Schurke! Die heilige Jungfrau kann es bezeugen, Ritter! Ich hab ihn aus der Zelle geholt; ich habe alles gehalten, was ich dem Notar versprach. Es war nicht leicht. Ich hab ihn blind und taub reden müssen, bis er überhaupt mitkam. Aber diese verdammten Hunde, die seit einer Stunde heulen, müssen ihn glattwegs verrückt gemacht haben. Was? Nicht einmal, zehnmal hab ich ihm gesagt, daß man hier beim Klaghaus auf ihn wartet. Nein, er ließ sich nicht abbringen, er mußte unter allen Umständen erst zum Turme Sankt Paul. Nein, wie komm ich dazu? Soll ich mir seinetwegen die Scharwache auf den Hals laden? Nein, Ritter, so weit geht meine Menschenfreundlichkeit doch nicht. Schließlich hat man noch was zu verlieren, Herr. Man hat Frau und Kinder, denen man sich erhalten muß. Komm, Ritter, ich habe dem Turmbrüller gesagt, ich würde dich holen!

Sicher steht er noch da. Was du mit ihm machst, ist deine Sache. Mein Auftrag war, ihn heil bei den Barfüßern rausbringen. Das hab ich getan. Du bist so still, Ritter?! Du zweifelst wohl? Ich schwöre dir, daß ich nicht lüge! Hus ist frei! Hier, siehe, diese Hand hier hat seine Kette aufgeschlossen! Diese Hand hier, diese Versammlung von fünf Fingern, hat ihn aus seinem Kerker hinausgeführt! Gehe zum Turme Sankt Paul! Nein, nein, ich locke dich in keine Falle, weder dich, noch einen der andern Böhmen! Nein, nein, dreimal nein, ich habe an keinem von euch als ein Judas gehandelt! Nein! Nein! Nein! Mann, Ritter, stier mich nicht so an! Laß deine Wehr stecken! Ich schwöre dir auf den Knien, ich sage die Wahrheit, die reine Wahrheit: Hus ist frei! Nein, großer Gott, Ritter, du kannst nicht so grausam sein! Was hab ich dir getan, daß du mein Handgelenk brichst?! Tu das Messer weg! Tu es weg, sag ich, oder ich schreie um Hilfe! Ich schreie Mordio, daß die Welt einbricht! Mordio! Weg! Weg! Nicht! Nicht! Nicht! . . ."

17.

Noch immer beheulen die Hunde des Henkers Weg.

Es ist inzwischen im nächtlichen Konstanz tagtoller Lärm und Tumult geworden, nicht anders, als ob ein feindlicher Heerhaufen mitwegs der Rheinbrücke stünde.

Trotz dem strengen Verbot des Rats, zu nachtschlafender Zeit auf die Gassen zu laufen, verlassen die Bürger die Häuser. Jeder möchte wissen, was los ist. Mit Laternen, vorn an die Spitzen langer Stecken gehängt, leuchten die Verwegensten des Nachtvolkes die dunklen Hofecken, Kellerhälse und Ehgräben ab. Doch ohne Erfolg; die Ursache des Aufruhrs der Hunde läßt sich nirgends entdecken.

Ammon Weikli sitzt bereits im Breiten Haus am Henkersteg mit seinen drei Gesellen beim Nachtmahl, um sich für die Anstrengungen des kommenden Tages zu stärken. Seine Wut hat sich gelegt, seit er den ersten Becher Rannfaller runterschüttete. Wo Wein sich setzt, da steigen die Gedanken. Jetzt ist der Graubünder sogar imstande, sich über das teuflische Geheule draußen zu freuen. Eine solche Begrüßung wie durch diese Höllenorgel ist noch nie einem Menschen zuteil geworden!

Noch einer freut sich an dunkler Stelle über das Hundegeheul: Freiherr Jürgen vom End, der mit einem seiner Knechte dabei ist, die Konstanzer Pfandkammer aufzusprengen. So ein Brecheisen macht Lärm, wenn es eine eisenbeschlagene Tür aus dem Schloß wuchtet. Aber dieser Diebslärm geht unter in dem der Hunde.

(Fortsetzung folgt.)

Das drückende Pflastergeld.

Die schweren Sorgen der Siedler / Die hohen Anliegerbeiträge.

Zahlreiche Zuschriften und häufige Besuche von Siedlern in unserer Redaktion geben uns Veranlassung, die Oeffentlichkeit auf die schweren Sorgen hinzuweisen, von denen der Siedler bedrückt wird. Namentlich in den Außensiedlungen ist es außerordentlich mühsam, weiterzukommen oder sich auch nur über Wasser zu halten.

Die Hindernisse sind groß, und es ist gut, sie bekanntzugeben, damit Enttäuschungen vermieden werden. Sehr oft können Minderbemittelte oder gar Arbeitslose das Geld nicht aufbringen, das von der öffentlichen Hand als Anliegebeitrag verlangt wird. An ungepflasterten Straßen zu bauen, wird nicht erlaubt. Wenn man aber zurückschaut, was geschaffen wurde, so muß man zugeben, daß trotz aller Schwierigkeiten die Leistung groß ist. Schauen wir nach dem Berliner Osten! Schon lange vor dem Kriege waren Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf und Kiekemal von Siedlern besetzt, die sich aus eigener Kraft einen Garten schufen. Wo früher nichts als Sand oder trockene Heide und zum Teil sumpfige Wiesen waren, da sind heute Obstbäume, Gemüse und Kartoffeln angebaut. Dazu waren Fleiß, Zähigkeit und auch Geld notwendig. Aber es gelang, Ueberschwemmung, Krieg und Inflation zu überwinden. Früher betrug nach einer Darstellung, die uns zugeht, beispielsweise in Kaulsdorf-Süd in der Ulmenstraße der Preis für ein Grundstück von 20 Meter Straßenfront mit Pflasterung 600 Mark. Die Kosten sind durch die Vorschriften Groß-Berlins über die Straßenpflasterung sehr in die Höhe geklettert und belaufen sich in der Birkenstraße bei 5½ Meter Asphalt heute für ein Grundstück von gleicher Straßenfront auf 1720 Mark. In der Ulmenstraße sind die Unkosten für Granitpflaster in acht Meter Breite bei zwanzig Meter Straßenfront mit Regenwasserabzug 1200 Mark hoch, in der Birkenstraße bei Asphaltbelag von 5½ Meter Breite, aber bei gleichfalls 20 Meter Straßenfront 3440 Mark mit Regenwasserabzug. Das ist für die Siedler untragbar.

Man bedenke, daß sich in der Gegend weder Fabriken noch große Geschäftshäuser befinden. Bei den Siedlern erhebt sich deshalb die Frage: Weshalb müssen wir Straßen bauen für ungeheuer schwere Lastautos, die, von einzelnen Durchgangsstraßen abgesehen, niemals hier durchkommen? Die Ulmenstraße ist mit Granit gepflastert, das Pflaster ist 20 Jahre alt und trotz starker Benutzung auch durch Lastautos noch vollkommen intakt.

Ein Leser schlägt uns nun vor, aus Gründen der Arbeitsbeschaffung und um eine für den Anwohner tragbare Pflasterung zu erreichen, Granit zu benutzen. Granit haben wir in Schlesien, in Striegau ist eine Pflastersteinindustrie, die zur Zeit brachliegt. Es braucht wie beim Asphalt kein Geld ins Ausland geschickt zu werden. Sand ist auch reichlich vorhanden. Viele Siedler warten auf die Bauerlaubnis, das würde den Arbeitsmarkt gleichfalls beleben. Die Siedler sind zum größten Teil in der Pflasterkasse, die anderen werden beitreten oder bezahlen, wenn die Straße gebaut wird. Die Siedlungen in Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf sind über 40 Jahre alt, der Bebauungsplan liegt vor, Gas, Wasser und Elektrizität sind meist vorhanden. Also: Heran ans Bauen, heran an die Arbeit!

Aeußerste Vorsicht bei Grundstückskäufen!

Der Baukommissar der Stadt Berlin weist nochmals darauf hin, daß beim Erwerb neuparzellierten Geländes zum Zwecke der Bebauung äußerste Vorsicht am Platze ist. Nicht selten liegt für das von den Siedlern zu bebauende Gelände ein amtlicher Bebauungsplan, der die örtlichen Gesamtinteressen für die künftige Bebauung festlegt, noch gar nicht vor. Ohne diese Gewißheit kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, einen Geländekauf vorzunehmen, bevor nicht beim zuständigen Bezirksamt eine definitive Auskunft über die Bebauungsplanverhältnisse eingeholt worden ist. Nur dann kann der Siedler vor der unangenehmen Ueberraschung, keine Bauerlaubnis für das von ihm erworbene Gelände zu erhalten, sowie vor Schäden bewahrt bleiben.

So fing es am Sonnabend an!

„Und was sagt Hindenburg dazu?"

Ein Parteigenosse, der, wie er sagt, Augenzeuge des „Vorspiels" der Sonnabendereignisse gewesen, schreibt uns:

„Am Sonnabendnachmittag um 4.15 Uhr kam ich aus einem Lokal am Belle-Alliance-Platz heraus. Plötzlich hörte ich vom inneren Platz her, der mir durch sein Buschwerk verborgen war, Rufe und Schreie. Unmittelbar darauf sah ich kleine Mädchen mit allen Anzeichen der Angst und des Entsetzens, ihr Spielzeug in der Hand, vom Platz her über die Straße in der Richtung zum Halleschen Tor flüchten. Ich ging nun zum Eingang des Platzes und sah jetzt in der Richtung der Friedrichstraße eine Anzahl brauner Nazigestalten aufgelöst und im Eilschritt sich davonmachen. In diesem Augenblick trat eine alte, bürgerlich aussehende Frau, hellauf weinend, auf mich zu und rief aus: „Mein Gott, was soll denn nur aus unserem lieben deutschen Vaterland werden, wenn das so weitergeht. So ein armer Mensch, hat niemanden etwas getan und wird von den rohen Patronen einfach totgeschlagen." Indem die Frau das sagt, kommt von dem Platz eine zweite ältere Frau, gleichfalls weinend und vollkommen fassungslos auf uns zu. Sie will sprechen, findet aber keine Worte. Die hellen Tränen liefen ihr über die Wange. Endlich stößt sie hervor: „Das ... das kann man ... nicht mehr aushalten, diese Nazi sind ja schlimmer als die wilden Tiere".

Ein Kreis bildet sich um uns. Auch ein Heer Nazi ohne Uniform, aber an ihren Abzeichen kenntlich, treten hinzu, verhalten sich jedoch ruhig. Nun erfährt man folgendes: Auf dem Belle-Alliance-Platz hat ein junger Mensch mit dem Abzeichen der drei Pfeile gestanden. Plötzlich — kein Mensch weiß wo sie herkamen — stürmte eine Gruppe Hitler-Soldaten über den Platz und fielen, als sie des jungen Menschen ansichtig wurden, ohne weiteres über ihn her, bearbeiteten ihn im Angesicht der alten Frauen und der Kinder mit Koppeln, Schlagringen und mitgeführten Steinen, so daß er wie tot zu Boden stürzte. Diese Berichte wurden mir wieder ununterbrochen von empörten Zurufen der Umstehenden: „Das muß aufhören! So geht es nicht weiter! Wir können uns doch nicht auf offener Straße abschlachten lassen! Was sagt Hindenburg dazu?" u. a. Wir sahen jetzt einen Schupo tapfer über den Platz kommen. In seinem Arm hing, mehr als daß er selber ging, der Ueberfallene, der Kopf eine einzige blutige verquollene Masse. Auf seinem Rockaufschlag aber blinkte das Zeichen der Dreipfeile. Ich sah mich um, sah die weinenden alten Frauen, konnte nicht mehr an mich halten und rief: „Da seht ihr, Volksgenossen, wohin uns die Nazi führen. Sie einigen nicht die Nation, sie zertrümmern sie!" Neben mir stand ein Mann, der die Faust ballte und die Worte herausstieß: „Jetzt muß ein Ende sein. Wir halten es nicht mehr aus."

Tonfilm im Planetarium.

Das Planetarium am Zoo hat ein Tonfilmgerät eingebaut. Dadurch wird die Arbeit dieses volksbildenden Unternehmens erheblich gefördert. Das Planetarium leistet seit einem Jahre mit seinen Kulturfilmvorführungen, die regelmäßig von einem astronomischen Vortrag eingeleitet werden, wertvolle Bildungsarbeit. Das neue Tonfilmgerät ermöglicht es, jetzt auch Kulturtonfilme vorzuführen. Als ersten Tonfilm zeigt das Planetarium „Rango", einen der besten Tierfilme, die wir haben. Der Film läuft vom 28. Juni bis zum 10. Juli; es folgt vom 12. bis zum 24. Juli „Das blaue Licht". Das astronomische Vorprogramm zu dem Film „Rango" behandelt den durchsichtigen Abendstern. Die Vorführungen finden täglich außer Montags um 3, 5, 7 und 9 Uhr statt.

Eiserne Front gegen Hitler-Barone!

Unsere nächsten Partei- und Betriebsveranstaltungen:

Nationalregistrierkassen. Dienstag, den 28. Juni, 16,30 Uhr, Betriebsversammlung im Lokal Gambrinus, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße Ecke Treptower Straße. „Der Kampf um den neuen Reichstag." Referent: Franz Künstler, MdR.

BVG. — Nordsüd, Müllerstraße. Dienstag, den 28. Juni, 16 Uhr, Belegschaftsversammlung im Lokal Rieß, Müllerstraße 139. „Nazi-Barone und wir." Referent: Gottlieb Reese.

8. Kreis — Spandau. Donnerstag, den 30. Juni, 19,30 Uhr, öffentliche Kundgebung in der Jubiläumsturnhalle Spandau, Askanierring. „Der Kampf um den neuen Reichstag". Referent: Erich Kuttner, MdL.

C. Lorenz A.-G. Donnerstag, den 30. Juni, 17 Uhr, Betriebsversammlung im Birkenwäldchen, Tempelhof, Manteuffelstraße 11/12. „Einheitsfront". Referent: Franz Künstler, MdR.

Knorrbremse. Donnerstag, 30. Juni, 16. Uhr, SPD.-Fraktionsversammlung mit Sympathisierenden im Lokal „Zum Treffpunkt", Boxhagener Ecke Bahnhofstraße. „Der Freiheitskampf der Arbeiterschaft". Referent: Hans Marx.

15. Abt. Freitag, 1. Juli, 19½ Uhr, im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42, öffentliche Kundgebung. „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse". Referent Robert Bredow, MdL.

Loewe-Gesfürel und Typograph. Donnerstag, den 30. Juni, 16½ Uhr, Fraktionsversammlung bei Sturz, Huttenstraße 9. „Polizei und Arbeiterschaft". Referent Ernst Hildebrandt.

Afü-Arbeiter beim Bezirksamt Prenzlauer Berg. Sonnabend, 2. Juli, 19 Uhr, im Altersheim Danziger Str. 62, Fraktionsversammlung. „Kampf der Arbeiterschaft um ihre Lebensrechte". Referent Gottlieb Reese.

Wetteraussichten für Berlin: Warm, trocken und heiter, schwache nach Süd drehende Winde. — **Für Deutschland:** Ueberall beständiges und sommerlich warmes Wetter; später im Westen aufkommende Gewitterneigung.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

4. Kreis Prenzlauer Berg. — Freie Schulgemeinde.

Donnerstag, 30. Juni, Mitgliederversammlung, Danziger Str. 23. Vortrag: „Die Erziehung in Ostasien". Referent Han Fong Kn-Korea. Bericht vom Bezirkstag.

*

1. Kreis. Donnerstag, 30. Juni, Sitzung der neugewählten Elternbeiräte bei Klement, Sophienstr. 6. „Die Aufgaben der Elternbeiräte", Referent Genosse Schmidt.

4. Kreis. Heute 17 Uhr Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder im Altersheim, Danziger Str. 62. „Politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse", Referent Alfred Markwitz. Rezitationen Maria Janke.

12. Kreis. Sämtliche Adressen der neugewählten Elternbeiräte und die eingereichten Listen dem Genossen Fengler, Harbenweg 6, sofort einreichen.

15. Kreis. Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr, an bekannter Stelle, Kreisvorstandssitzung.

20. Kreis. Donnerstag, 30. Juni, 15 Uhr, Zusammenkünfte erwerbsloser Parteimitglieder an folgenden Stellen: **Reinickendorf-Ost:** Schule Hoppestraße. Rezitationen der Genossin Martha John. **Reinickendorf-West:** Außenspielplatz. Rezitationen der Genossin Elfriede Wollmann. **Tegel und Wittenau** im Reichsbanner-Bootshaus Tegel.

24. Abt. Mittwoch, 29. Juni, Danziger Str. 60, Gruppe junger Parteigenossen. Vortrag: „Unser Kampf gegen die Nazis". Referent Genosse Gräfling.

33. Abt. Donnerstag, 30. Juni, Funktionärversammlung bei Lojack, Beymestraße 8.

38. Abt. Donnerstag, 30. Juni, 19 Uhr, Vorstandssitzung. 20 Uhr wichtige Funktionärkonferenz bei Bartusch, Friedenstr. 58.

54. Abt. Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr, bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 29—31, wichtige Funktionärkonferenz. Erscheinen aller ist Pflicht.

104. Abt. Mittwoch, 29. Juni, 20 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre an bekannter Stelle.

108. und 108a. Abt. Die erwerbslosen Genossen treffen sich Mittwoch, 29. Juni, 20 Uhr, im Parteiheim, Schloßstr. 27, zur Flugblattverbreitung.

120. Abt. Freitag, 1. Juli, 20 Uhr, an bekannter Stelle, Funktionärsitzung. Besondere Einladungen erfolgen nicht.

124. Abt. Mittwoch, 29. Juni, außerordentliche Funktionärsitzung an bekannter Stelle.

Frauenveranstaltungen.

4. Kreis. Die Funktionärinnensitzung bei Klug findet umständehalber erst am Donnerstag, 30. Juni, statt.

68. Abt. Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr, Frauenabend bei Sandmann, Westfälische Str. 42. „Ernste und heitere Rezitationen" der Genossin Margarete Fichtner.

115. Abt. Mittwoch, 29. Juni, 19½ Uhr, im Tivoli, Weichselstr. 6. „Rüstliches und Lichtbilder". Vortragender: Hanns H. Kamm.

123. Abt. Donnerstag, 30. Juni, treffen wir uns zum gemeinsamen Abmarsch nach Kaulsdorf-Süd 15 Uhr Dorfstraße bei Lokal Escherich.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

109. Abt. Arbeiterwohlfahrt. Mittwoch, 29. Juni, 20 Uhr, im Jugendheim Friedrichshagen, wichtige Besprechung über Wohlfahrtspflege.

Sozialistische Studentenschaft Berlin.

Dienstag, 28. Juni, 20 Uhr, im Bund, Albrechtstr. 11, Gartenhaus I: **Sozialistische Arbeitsgemeinschaft über Sowjetrecht.** Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr, im Bund, Prof. Lederer: „Sozialisierungsprobleme". Sonntag, 3. Juli, Motorbootfahrt nach Woltersdorfer Schleuse. Abfahrt 7½ Uhr Reederei Schmidt, Märkisches Ufer, zwischen Jannowitz- und Waisenbrücke. Karten zu 1,10 M. bei den Funktionären.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Letzter Termin für die Abgabe des Kreis-Zeltlagermaterials morgen, Mittwoch, in der Zeit von 14—17 Uhr. Der Helferausweis ist am Eingang des Vorwärts-Gebäudes vorzuzeigen.

Mitte: Eltern! Falken, die noch an unseren Ferienlagern teilnehmen wollen, können bis spätestens 1. Juli bei Gen. Funke, Adalbertstr. 15, angemeldet werden.

Tiergarten: Elternversammlung für die Zelt- und Restfalkenlagerteilnehmer Dienstag 18 Uhr Heim Waldenserstraße. Untersuchung Mittwoch 14½ Uhr Boersch, Essener Str. 4.

Kreuzberg: Heute 20 Uhr Kreishelfersitzung im Heim Yorckstr. 11. Kassengeschäfte ab 19 Uhr. Untersuchung aller Falken und Helfer, die an den Sommerlagern teilnehmen, am Donnerstag, 30. Juni, Mädels 17½ Uhr, Jungens 18 Uhr, im Gesundheitshaus am Urban. — **Restfalken-Lagergemeinschaft Blankensee:** Morgen, Mittwoch, 17½ Uhr, für Falken, Yorckstr. 11. Eltern müssen unbedingt um 18½ Uhr kommen. Papier und Bleistift mitbringen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

37. Abt. Unser Genosse Heinrich Müncheberg, Oberinstr. 18, ist am Freitag, 24. Juni, nach schwerem Leiden verstorben. Ehre seinem Andenken! 35 Jahre hat der Verstorbene der Partei angehört. Die Einäscherung findet am Mittwoch, 29. Juni, um 18½ Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37—38 statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

45. Abt. Am 24. Juni verstarb nach längerer Krankheit unser tätiger Genosse Julius Raduns. Wir werden denselben stets ehrend gedenken! Einäscherung Dienstag, 28. Juni, 17½ Uhr, in Baumschulenweg. Rege Beteiligung wird erwartet.

105. Abt. Am Sonnabend, 18. Juni, verstarb unser Genosse Alfred Linow im Krankenhaus Nordend. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung hat am 22. Juni stattgefunden.

128. Abt. Am 25. Juni verschied unser Genosse Johannes Schatte, Kaiser-Friedrich-Str. 7. Ehre seinem Andenken! Beerdigung Mittwoch, 29. Juni, 14½ Uhr, von der Kapelle des Friedhofes Schönholzer Heide, Bahnhofstraße, aus. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Abteilungsleiter, gebt das Juli-Programm ab!

Heute, Dienstag, 20 Uhr:

Arkonaplatz: Elisabethkirchstr. 19: „Arbeiter- und bürgerlicher Sport". — **Kölnischer Park:** Waisenstr. 18: Brettspielabend. — **Rosenthaler Vorstadt:** Tieckstraße 18: „Arbeiterdichter". — **Zentrum:** Waisenstr. 18: Heimabend. — **Brunnenplatz:** Pank- Ecke Wiesenstraße: Bunter Abend. — **Gesundbrunnen I:** Gotenburger Str. 8: „Wie stehen wir zur Landesverteidigung?" — **Gesundbrunnen II:** Kolonistr. 8: „Gewerkschaften in der Krise". — **Humboldthain:** Putbusser Straße 3: „Mai-Reichstag". — **Norden:** Lortzingstr. 19: „Mädel in der SAJ." — **Schillerpark:** Schöningstr. 17: „Politischer Reichstag". — **Wedding:** Willdenowstraße 5, Raum 3: „Der Kampf in Preußen". — **Wedding-Nord:** Turiner Ecke Seestraße: Bunter Abend. — **Wedding, R. F.:** Turiner Ecke Seestraße: „Tagespolitik". — **Arnimplatz:** Treffpunkt zur Funktionärkonferenz 19½ Uhr. — **Arnswalder Platz I:** Beteiligung an der W.-B.-Funktionärkonferenz. Treffpunkt 19½ Uhr am Elysium. — **Balten:** Wir beteiligen uns geschlossen an der W.-B.-Funktionärkonferenz. — **Hohenschönhausen:** Dingelstädter Straße: Bunter Abend. — **Rosenthal I:** Danziger Str. 62: „Tagespolitik". — **Weißensee:** Caseler Str. 2: „Wir und der Faschismus". — **Hasenheide:** Wissmannstr. 4: Wir diskutieren mit unseren Eltern. — **Reichenberger Viertel:** Reichenberger Str. 66, v. 1: „Tagespolitik". — **Süden:** Yorckstr. 11: Brettspielabend. — **Südwesten:** Lindenstr. 4: „Tagespolitik". — **Charlottenburg:** Rosinenstr. 4: „Zersplitterung der Arbeiterbewegung". — **Charlottenburg-Nord:** Kaiserin-Augusta-Allee 97b: „Tagespolitik". — **Westend:** Sportplatz Westend: „Tagespolitik". — **Lichterfelde:** Albrechtstr. 14a: Funktionärversammlung. — **Steglitz I:** Albrechtstr. 47: „Sexuelle Fragen". — **Schöneberg:** Roonstraße, Feuerwehrdepot: „Politische Lage". — **Neu-Tempelhof:** Wittgensteinstraße: Lustiges Monatsende. — **Schöneweide II:** Spielen in der Wuhlheide. — **Bohnsdorf:** Wachtelstr. 1: Funktionärversammlung. — **Köpenick I:** Kahnfahrt. — **Köpenick II:** Dahlwitzer Str. 15: Frageabend. — **Kaulsdorf:** Adolfstr. 25: Turnen. — **Lichtenberg-Nord:** Sportplatz Normannenstraße. — **Lichtenberg-Nordwest:** Dossestr. 22: Heimabend. — **Hermsdorf:** Roonstraße, Feuerwehrdepot: „Der Konflikt im Osten". — **Reinickendorf-Ost:** Lindauer Straße 1: Bunter Abend. — **Tegel:** Schöneberger Str. 3: „Tarifrecht". — **Wittenau:** Hauptstr. 13: „Die freien Gewerkschaften". — **Buchholz:** „Warum gehört das Jungproletariat in die SAJ.?" — **Karow:** Frundsbergstr. 8: „Fremdwörter". — **Niederschönhausen:** Außenspielabend. — **Neukölln IV und IX:** 19 Uhr Pbf. Hermannstraße zur W.-B.-Mitgliederversammlung.

SAJ. Tegel-Reinickendorf: 17½ Uhr Schöneberger Str. 3: Referat des Genossen Biging.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Funktionärkonferenz 19½ Uhr Aula Dunckerstraße 64. Interessierte Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbücher mitbringen.

Werbebezirk Schöneberg: Hauptstr. 15: 19½ Uhr: „Aufgaben der Arbeiterklasse und die politische Lage". Referent Genosse G. Reese.

Werbebezirk Neukölln: Mitgliederversammlung 20 Uhr Walther-Rathenau-Schule, Boddinstr. 35: „Einheitsfront". Redner: Erich Schmidt. Mitgliedsbücher mitbringen.

Werbebezirk Oberspree: Morgen 20 Uhr Mitgliederversammlung. Laufener Straße: „Einheitsfront". Redner: Erich Schmidt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Jungbanner Berlin. Sehr wichtige Zusammenkunft aller Führer des Berliner Jungbanners mit den Jungba-Kreisführern am Mittwoch, dem 29. Juni, 20½ Uhr, im Gaubüro. Fehlen muß beim Gaujugendführer schriftlich entschuldigt werden. — **Neukölln-Britz:** Mittwoch, 29. Juni, 20 Uhr, 1. Kameradschaft, 1. Zug, Mitgliederversammlung bei Schulz, Reuterstraße 47.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Geschäftsstelle: P. Schneider, Berlin NO. 55, Hufelandstr. 31.

Arbeitsgemeinschaft des Männer- und Gemischten Chors Tempelhof-Mariendorf, Männer und Gemischter Chor Friedenau-Steglitz, Mitglied des DASB., Chormeister Otto Schumacher. Dienstag, 28. Juni, 19½ Uhr, Stadtpark Steglitz, Freiluftkonzert.

Vereinigung sozialdemokratischer Juristen. Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr, im Pschorrbräu, Tauentzien- Ecke Rankestraße, Vortragsabend. Redner Genosse Rolf Reventlow. Thema: „Staat und Gewerkschaften in Italien".

Freie Nationale Schülerschaft Berlin-Nord. Dienstag, 28. Juni, 17 Uhr, Ziegelstr. 31. Kamerad Fritz Edgar: „Was wollen wir vom Staat?"

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 30. Juni, nachm. 5 Uhr, in Ewalds Vereinshaus, Stallschreiber Straße 129

Branchen-Versammlung der Graveure und Ziseleure

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Radtke: „Wie entsteht eine Zeitung?" 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! — Es ist Pflicht aller Kollegen, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Donnerstag, den 30. Juni, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Elsässer Straße 86/88, Eingang B

Versammlung aller Schmiede aus den Groß-, Mittel-, Fuhrwerks-, Brauerei- und Innungsbetrieben, sowie sämtlicher der Schmiedebranche angeschlossenen Karosseriearbeiter

Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Sozialversicherung und Notverordnung." Referent: Kollege Paul Zippel. — 2. Branchen- und Verbandsangelegenheiten

Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 30. Juni, abends 7 Uhr, im Parterresaal des Verbandshauses, Elsässer Straße 86/88, Eingang B

Branchen-Versammlung der Bau- u. Geldschrankschlosser

Tagesordnung: 1. Bericht der Branchenleitung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Für Reise und Wanderungen: Chlorodont

Hitze und Staub erschlaffen den Körper besonders beim Reisen und Wandern. Eine kräftige Mundspülung mit dem herrlich erfrischenden Chlorodont-Mundwasser und eine gründliche Zahnreinigung mit Chlorodont-Zahnpaste wirken wohltuend, verschaffen das Gefühl der Sauberkeit und

immer schöne weiße und gesunde Zähne

Der Kampf um die Wurst

Das Bekenntnis eines Genossen / Von Max Barthel

Hans Weidner, einer der Wandelsterne der sozialen Revolution, erzählte von seiner Kindheit. Wir hatten uns vor dem Krieg in Zürich und nach dem Krieg in Moskau befreundet. Zwischen der kühlen Gerechtigkeit der Stadt Zürich und der fanatischen Beharrlichkeit der Stadt Moskau ging der Pendelschlag seines Lebens. Was gab seinem Leben den großen Anstoß zu dem weitausholenden Pendelschlage? Was stieß ihn nach der linken Seite der Arbeiterklasse?

Die frühen Jahre hatte er ausschließlich mit bürgerlichen Menschen verbracht. Sein Vater war der Mitbegründer des ersten politischen Arbeitervereins in Zürich gewesen, aber er hielt die Kinder selbst von der Politik fern. Der Knabe, ein empfindsamer Junge, hatte jahrelang nur mit Büchern, Zeitungen und ihren Gestalten gelebt. Und nun kam die große Frage seiner Berufswahl, die auch seine Umgebung ernst bewegte.

Er hatte sich schon lange entschieden.

Zuerst wollte er Arbeitersekretär werden, dann aber überwältigte ihn der Gedanke, Arbeiter zu sein, Arbeiter unter den Genossen und Kameraden, ein Gleicher unter den Gleichen. Die Mutter aber träumte von einem unerhörten Aufstieg in die Gipfelwelt der herrschenden Klasse und erklärte, der Mensch müsse daran denken, für das Leben zu lernen und sich für den Kampf ums Dasein zu rüsten. Und das Arsenal in diesem Kampfe sei das Gymnasium, der Sieg in diesem Kampfe aber der Ruhm und das gesicherte Dasein.

Weidner kichelte in der Erinnerung an jene Auseinandersetzungen mit der Mutter und sagte:

Die Seele, die bekanntlich keine Begriffe kennt, hat vom praktischen Leben erst recht keinen. Für sie war das Problem der wirtschaftlichen Erhaltung nur der willkommene Anlaß, endlich mal den bisher nur geträumten Sozialismus zu erleben und für ihn zu kämpfen.

Wie aber sah die sozialistische Selbsterhaltung mitten in der feindlichen Umwelt aus? Nun, ganz einfach: Kampf ums Dasein! Dafür war man ja Darwinist. Und ich empfand unter Kampf ums Dasein ohne weiteres den Kampf ums Dasein der Gesellschaft, natürlich der sozialistischen Gesellschaft!

„Wenn du dir am Abend eines jeden Tages sagen kannst, daß du an diesem Tage alles getan hast, die Revolution anzufeuern oder wenigstens den Kapitalismus zu stören und zu schwächen, dann hast du deine Pflicht erfüllt", sagte ich mir. Und weiter formulierte ich:

„Aus dieser erfüllten Pflicht, mein Lieber, ergibt sich ohne weiteres das selbstverständliche Recht auf Leben. Dein Kampf für den Sozialismus gibt dir das heiligste soziale Eigentumsrecht auf eine Wurst mit Brot und ein Zimmer für die Nacht. Jeder, der dir diese wohlverdiente Wurst verweigert, ist ein Dieb, dem du klar machen sollst, daß schon die Bibel das Stehlen verbietet."

Das war alles ganz gut und schön, und an Würsten fehlte es in Zürich auch nicht. Sie hingen in langen Ketten an allen Fleischerläden, brieten gegen zwölf Uhr mittags auf zehntausend Bratpfannen, winkten in allen Größen und Qualitäten aus jedem Restaurant.

Mir blieb also nur die Qual der Wahl unter soviel Ueberfluß.

Eine dieser Würste war mein unbestrittenes Privateigentum — denn für Konsummittel blieb ja das Privateigentum unangetastet —, aber welche von den hunderttausend Würsten gehörte mir? Das war das große Problem, denn jede der Würste hatte natürlich schon einen Eigentümer, der sein Recht am Eigentum herleitete von den Gesetzen der kapitalistischen Verteilung, die ich ja bekämpfen wollte.

Einer dieser Wursteigentümer war also ein Dieb, der mir meine Wurst widerrechtlich vorenthält. Das war doch sonnenklar. Aber wer war es nun? Die Antwort meiner Seele war schön und rührend in ihrer Einfalt:

„Jeder, der zwei oder mehr Würste sein eigen nennt!" Oder, vom Einzelfall der Mittagswurst zum Generalfall der Lebenserhaltung überzugehen: „Jeder, der mehr hat als ich, ist mein Schuldner!"

Und solche Leute gab es doch massenhaft! Meine Bedürfnisse waren gering und lagen unter dem sozialen Durchschnitt.

Es blieb noch die Möglichkeit, was sage ich, die große Wahrscheinlichkeit blieb bestehen, daß der Herr Wursteigentümer mein Eigentumsrecht an seiner zweiten Wurst nicht anerkannte. Nun, dann war er eben in einem Rechtsirrtum befangen, den ich vor dem Tribunal unserer Vernunft rasch und sicher aufklären würde.

Mein Beweismaterial war ja erdrückend!

Sollte er aber, trotz seiner Unfähigkeit zu jedem Gegenbeweis, das Urteil nicht anerkennen, dann war er ein abgestempelter Dieb, und mir blieben alle Mittel der Gewalt, der List und der Ueberraschung, um zu der Wurst zu kommen, die von Rechtes wegen die meinige war.

Und diesem Endkampf um die Wurst mit allen Mitteln sah die Seele mit größter Spannung entgegen.

Vielleicht ging ich in dem Kampfe unter? Das schreckte mich nicht. Es war doch entschieden besser und schöner, in diesem Kampfe als Opfer zu fallen, viel besser war es, dafür zu sterben, als an der Tuberkulose, am Krebs, an der Verkalkung oder an einer anderen der üblichen Todesarten. Sterben muß man doch zuletzt immer, so bedauerlich das auch ist.

Auf jeden Fall aber, so sagte ich mir, wäre es eine unverzeihliche Feigheit, wenn ich aus Furcht vor Gefahr und Untergang mich abhalten ließ, nicht alle Kräfte einzusetzen. Dazu war ich ja verpflichtet! Wenn ich nicht meine Pflicht tat, wie konnte ich es von den anderen verlangen?

Das alles, so hirnverbrannt es in die Begriffe des Verstandes übersetzt, aussieht, das alles war mir damals bei der Frage der Berufswahl seelensonnenklare Selbstverständlichkeit. Dagegen konnte man einfach nichts einwenden als ein paar klägliche Stammeleien der sogenannten praktischen Lebensklugheit, die alle beim näheren Zusehen immer das als Voraussetzung enthielten, was sie hätten beweisen sollen.

Was tat es dann zur Sache, wenn eine Bande gemeiner Diebe mir den ehrlich verdienten Lohn vorenthielt? Da bin ich doch nicht schuld! Wenn der von Räubern ausgeplünderte Wanderer betteln gehen muß oder verhungert, wer wird ihm daraus einen Vorwurf machen?

Er brauchte sich nicht in Gefahr zu begeben, ist das einzige, was man ihm sagen konnte. Aber: wenn er den gefährlichen Weg in Ausübung eines Berufs gehen mußte?

Aber nun kam der Verstand und warf erst leichte Nebel und dann immer dichtere Wolkenschwaden in den blauen Lebenshimmel. Der Verstand hatte neben der Seele noch einen zweiten Herrn bekommen, den er dienen sollte und der ihm stets gebieterisch seine Wünsche und Launen mitteilte.

Dieser zweite Herr war der Trieb, der persönliche Selbsterhaltungstrieb. Aber er existierte für mich ja noch nicht und konnte also auch nicht ins Hirn eindringen und den Verstand für sich in Marsch setzen. Das, was der Verstand als seinen zweiten Herrn empfand, war in Wirklichkeit der auf mich bedachte Selbsterhaltungstrieb meiner Angehörigen und Freunde.

Sie machten sich Kopfschmerzen, wie ich denn einst leben könne. Und vor ihnen mußte ich eine Rechtfertigung haben, wenn sie mich fragten oder auch nicht fragten, was noch drückender war. Konnte ich ihnen von meinen Seelenwünschen sprechen? Das wäre ja Wahnsinn gewesen oder höchstens gut genug, daraus eine soziale Ballade zu machen.

Welcher Schmerz für die Mutter, wenn ich ihr in harten, klirrenden und schneidend scharfen Verstandesbegriffen hätte sagen sollen, auf welche phantastische Art meine Seele den Kampf ums Dasein auslegte! Gibt es ein tieferes Leid für eine Mutter als die Gewißheit, daß ihr Lieblingskind entweder den Verstand verloren oder geradenwegs in die Laufbahn des Gelegenheitsarbeiters, Vaganten, Bettlers oder Verbrechers hineinsteuert?

Nein, das konnte ich der Mutter nicht antun, und so ging ich manchmal auf ihre Vorschläge scheinbar ein und besprach mit ihr die Vorteile und Nachteile dieses oder jenes bürgerlichen Berufes, ganz als ob...

Mein Selbsterhaltungstrieb regte sich zum erstenmal an einem Apriltag abends um sechs Uhr in Neuenburg. Ich war damals zwanzig Jahre alt und hatte den ganzen Tag nichts gegessen, weil ich keinen Rappen Geld mehr besaß. Riesenstark erwachte der Trieb und verlangte, ich solle entweder in einem Geschäft einbrechen oder, noch besser, in ein Restaurant gehen und nach dem Essen dem Wirt erklären:

„Ich hatte Hunger, aber kein Geld!"

Mochte dann der Verstand mit dem Wirt die Aussprache fortsetzen, er, der Trieb, war befriedigt und kümmerte sich nicht mehr um die Angelegenheit. Er war eben wie jeder Trieb an sich: ohne Gedächtnis und nur dem Augenblick lebend. Nur wenn er Hunger fühlte oder vergeblich ein Nachtlager suchte oder in zerrissenen Schuhen an den nassen Füßen fror, nur dann machte er sich auf und schlug alles kurz und klein.

Die Seele lebte nach eigenen Gesetzen und begriff nicht, wie man über „Sein und Nichtsein" welterschütternd monologisieren konnte. Sie fand Hamlet vielmehr zwerchfellerschütternd:

„Gott, kommt der Mensch sich wichtig vor! Als ob „Sein oder Nichtsein" überhaupt eine Frage wäre! Da könnte sich ja jeder Ochse noch einmal auf die Hinterbeine stellen und das tieferschütternde Universum daran erinnern, daß „Sein oder Nichtsein" (nicht des Universums, sondern nur des Ochsen!) hier in Frage käme."

Der Verstand fand es ganz in Ordnung, wenn der Selbsterhaltungstrieb sich aufbäumte, wenn er hungerte, fror oder kein Bett fand. Er beglückwünschte ihn zu der Revolte, sehr im Gegensatz zum Geschlechtstrieb, dessen Zuckungen ihn tief erschreckten.

„Nimm, was du brauchst", sagte der Verstand, „aber du mußt es wirklich notwendiger brauchen als der, dem du es wegnimmst. Und nimm es keine Minute früher als du es brauchst."

Diese Gespäche aber zwischen Verstand und Trieb wurden natürlich noch nicht geführt, als ich das Elternhaus bewohnte. Der Selbsterhaltungstrieb hatte sozusagen noch nie einen Laut von sich gegeben. Der Konflikt damals war ein Konflikt zwischen Gebieten, die benachbart in der Seele lagen: dem Gesellschaftsinteresse einerseits und dem unabweisbaren Einzelmitleid mit den Angehörigen, die meinetwegen schlecht schliefen.

So war es: ich redete meinen Selbsterhaltungsplänen etwa so zu wie der Arzt, der einem aufgegebenen Kranken um so energischer die Heilung verspricht, je unmöglicher sie wird.

Vielleicht spreche ich zuviel von der Seele?

Ich bin Politiker, und das ist letzten Endes Arbeit an einer Seele durch eine andere. Wer im Kommunistischen Manifest zum Beispiel die Worte nur als Verstandesbegriffe auffaßt, könnte den Beweis versuchen, daß Karl Marx den Klassenkämpfen vollkommen objektiv, unbeteiligt gegenüberstand: ein kluger Verstand, der ausrechnet, daß im Kriege zwischen Honduras und Guatemala die Leute von Honduras geschlagen werden, und der deshalb den Kauf von Staatspapieren von Guatemala als vorteilhaft empfiehlt.

Der Stil ist der Ausdruck einer Seele und wirkt seelenhaft.

Die algebraischen Formeln haben keinen Stil.

Aus dem Manifest spricht eine gigantische Seele zur Seele eines anderen Giganten.

Jawohl, die Seele ist ein Faktor der Politik.

Verstandesbegriffe passen für ihre Tatsachen wie geliehene Papiere für den politischen Flüchtling: wenn man das Signalement prüft, wird er verhaftet. Prüft man es nicht, muß der Unglückliche dennoch die Schulden bezahlen, die seinem Paß irgendwo angekreidet sind.

Siehst du, das alles, das Materielle, das Geistige und das Seelische, das alles muß zusammenschmelzen und ist die Grundlage des Sieges für den Kampf um die Wurst!

Treue bei Tieren

Das Seelenproblem im Tierreich / Von Dr. Ernst Bergmann

Ist das Tier treu? Man könnte mit der Gegenfrage kommen: Ist denn der Mensch treu? In dieser Zeit, in der wir den Begriff der Treue im öffentlichen wie im privaten Leben so sehr wanken sehen, wendet man sich unwillkürlich dem Tier zu und sucht hier gleichsam nach den Ursprüngen unserer besten Gefühle. Dazu aber gehört nun einmal in allererster Linie die Treue. Was Liebe ist, läßt sich sehr schwer sagen, sie ist ein so allgemeiner Begriff, gleichzeitig auch wieder so speziell — man denke an die erotische Liebe — daß sich gerade für das Tier bedeutende Schwierigkeiten bei dem Versuch einer Definition dieses Gefühls ergeben. Aber das ist jedenfalls sicher: Wo es Treue gibt, echte Treue, da muß auch Liebe vorhanden sein. Denn was es sonst noch an Treue beim Menschen gibt, ist Prinziplentreue, also das Festhalten an einer Idee, einem Prinzip, weil ich es nun einmal gefaßt habe, auch wenn ich vielleicht meine Ansicht inzwischen längst verändert habe; ich glaube es mir selbst schuldig zu sein, an dem einmal veralteten Prinzip festzuhalten und würde mich sonst nicht mehr achten können usw. Vielleicht ist solche Treue im Grunde ziemlich töricht. Sicher ist jedenfalls, daß das Tier sie nicht kennen kann. Bei ihm kann es nur Treue geben, wo es so etwas wie Liebe gibt. Gibt es das beim Tier?

Die Frage ist keineswegs so leicht zu beantworten. Sie hängt davon ab, ob man im Tier ein Wesen sieht, das ähnlich wie der Mensch denken und fühlen kann, wenn auch in noch so verringertem Grade, oder aber ob man es als eine Art Automat ansieht, der rein mechanistisch auf die Reize der Außenwelt reagiert. Die Wissenschaft hat lange genug diese letztere Auffassung vertreten. Allmählich aber bricht sich doch mehr und mehr die Auffassung Bahn, daß man wirkliche Tierpsychologie ohne Annahme einer Art Seele treiben kann, das heißt also, daß man dem Tier echte seelische Phänomene, wie Denken und Fühlen, zubilligen muß. Aber es wäre nun ein Fehler, wieder in die vorwissenschaftliche Porpularmeinung zurückzufallen, und alles was das Tier tut, nach Analogie der menschlichen Psyche erklären zu wollen. Diesen Fehler hat zum Beispiel auch der berühmte Alfred Brehm allzuoft begangen, was den Wert seiner sonst hervorragenden und noch heute zuverlässigen Beobachtungen beeinträchtigt. Ein typisches Beispiel solcher Uebertreibung ins Anthropomorphe, das heißt ins Allzumenschliche, stellen etwa auch die bekannten Erzählungen des Försters von seinem klugen Hund dar, und jene Jagdgeschichten, wie sie der Sonntagsjäger berichtet.

Eins ist klar: Wir müssen natürlich alles, was am Tier Dressur ist, von vornherein bei unserer Betrachtung ausschalten. Wenn ich einen Hund mit einem Leckerbissen belohne, weil er Gegenstände, die ins Wasser geworfen werden, brav apportiert hat, so erziehe ich das Tier gewissermaßen zum Egoisten. Rettet der Hund nun etwa einmal ein Kind aus dem Wasser, so ist es ganz klar, daß hier von Treue, Mitleid, Opferbereitschaft oder dergleichen gar keine Rede sein kann. Sowie das Tier weiß, daß der Effekt seines Handelns etwas Angenehmes ist, kann von echtem Gefühl nicht mehr gesprochen werden. Das scheint selbstverständlich, aber im Leben finden sich immer wieder Verwechslungen dieser Art. So kannte ich einen Hund, einen kleinen Rehpinscher, der scheinbar mit rührender Liebe an seinem Herrn hing, ihn begleitete und nach Möglichkeit nicht von seinem Schoß wich. Scheinbar also rührende Treue und Anhänglichkeit. In Wahrheit keine Spur davon: Das Tier war einfach von seinem Herrn maßlos verwöhnt worden. Wenn Herrchen aß, bekam der Hund seine gute Hälfte davon. Bekam er sie aber einmal nicht, so kläffte er seinen Herrn wütend an und schnappte sogar nach ihm. Das ist schon ein außerordentlicher Grad von Egoismus und Treulosigkeit, aber freilich hatte der Herr sein Tier durch die unglaubliche Verwöhnung förmlich dazu erzogen.

Natürlich ist auch der Artcharakter bei Beurteilung von Charaktereigenschaften wesentlich. Es ist bekannt, daß Hund und Katze verschiedenen Charakter haben. Die Katzenarten haben ihren Lebensgewohnheiten entsprechend eine andere Psyche als die Hundearten. Aber auch in den Grenzen der Art sind die verschiedenen Unterarten verschieden zu beurteilen. Das Wesen der Bulldogge ist ein anderes als das des Windhundes oder des Pudels. Aber nicht nur das: Jedes Individuum zeigt wieder, wie schon der Tierfreund weiß, eine ganz bestimmten Charakter. Von den sechs Jungen einer Hündin zeigt sich schon in der ersten Zeit des Lebens bei jedem der Kleinen ein besonderes Wesen, besondere Gewohnheiten, eben ein bestimmter Charakter. Zwischen Hund und Hund ist ein großer Unterschied. Im Rundfunk berichtete kürzlich ein bekannter Tierkenner über zwei Hunde derselben Rasse aus dem gleichen Wurf, die er besaß. Beide wurden mit der gleichen Sorgfalt gepflegt. Bei dem einen war es unmöglich, ihn auch nur einen Tag zu Bekannten zu geben, wenn der Herr einmal verreiste. Das Tier war nur mit Gewalt von seinem Besitzer zu trennen und suchte so bald wie möglich von den Fremden, die ihn natürlich glänzend behandelten, wegzulaufen. Er war dort kaum zu bewegen, irgendwelches Futter anzunehmen. Hier kann von echter Liebe und darauf beruhender echter Treue gesprochen werden. Keine anderen Gründe als solche echten Gefühle können ins Treffen geführt werden. Denn die Behandlung bei den Fremden, die dem Hund zudem meist keine Unbekannten waren, war so gut wie zu Hause beim Herrn. Aber das echte Gefühl für den, den das Tier kannte und mit ihm zu leben gewohnt war, blieb bei noch so guter Behandlung unbefriedigt.

Und nun der andere Hund, der stets die gleiche gute Behandlung vom Beginn seines Lebens an erfahren hatte. Eines Tages sah sich der Herr genötigt, das Tier zu verkaufen. Mit Schrecken sah er dem Augenblick entgegen, wo der Hund abgeholt werden sollte. Er war entschlossen, in ein anderes Zimmer zu gehen, um seinem Liebling nicht nachzublicken, wenn er von dem neuen Herrn fortgeführt würde. Aber es kam ganz anders. Der Hund, der immer ein Allerweltsfreund gewesen war, der sich über jeden Besuch gleichermaßen gefreut hatte, ging sofort vergnügt mit, als man ihm bedeutete, er solle einen Spaziergang mit dem Fremden machen. Keine Spur von Angst oder Trauer. Und das nicht nur, weil man ihn etwa zu einem Spaziergang überredet hatte. Auch im Hause des neuen Besitzers war er von Anfang an vergnügt und munter und zeigte keinerlei Sehnsucht nach seinem früheren Herrn. Besuchte ihn dieser einmal, so zeigte er sich so erfreut wie mit jedem anderen Besuch auch. Das war also der Bruder von dem, der vorher genannt wurde. Der Charakter entscheidet beim Menschen wie beim Tier.

Endlich noch ein Beispiel zur Treue zwischen Tier und Tier. Häufige Beobachtungen haben gezeigt, daß es Liebe und Treue auch zwischen Tieren gibt, wiederum aber auch, daß man solches Verhalten keineswegs verallgemeinern darf. Zwischen den Ehepartnern ist im Tierreich — freilich nur bei den höheren Tieren, bei denen allein es überhaupt echte Gefühle gibt — eheliche Treue häufig beobachtet worden, dann auch freilich wieder vollkommene Untreue. Auch hier sind Artcharakter, aber auch persönlicher Charakter maßgebend. Auch Freundschaft und Treue zwischen Tieren verschiedener Art, die sich aneinander gewöhnt haben, ist vielfach bekannt. Wie weit Treue zwischen Tieren gehen kann, zeigt ein Beispiel, das der bekannte Tierkenner und Gartendirektor Dr. Knottnerus-Meyer erzählt. Eines Tages war von einem Elefantenpaar „er" krank und „sie" allein imstande, ihr Heu zu fressen. Er durfte keins bekommen, um eine Reizung einer bösen Wunde zu verhindern. Da brachte eines Abends „Greti" kurz entschlossen ihrem „Toto" einen guten Rüssel voll Heu und legte es vor ihm hin. Der Beobachter erklärt selbst, daß er diesen einmaligen Fall kaum einem anderen glauben würde, wenn er ihn nicht mit eigenen Augen gesehen hätte.

So vorsichtig man also bei der Beurteilung tierischer Handlungen sein muß, und um so mehr, je höher die seelischen Leistungen sind, die das Tier scheinbar aufweist, so kann doch nach allem kein Zweifel sein, daß das Tier echtes Gefühl kennt, also auch eins der höchsten, die echte Treue. Schaltet man bei wissenschaftlicher Beobachtung alle Fehlerquellen sorgfältig aus, so bleibt doch ein erfreulicher Rest übrig, der das Vorhandensein von echter Treue in der Tierpsyche unzweifelhaft erweist. Und von diesem Rest wäre es ein Fehler und durchaus unwissenschaftlich, wollte man versuchen, ihn durch künstliche Hypothesen wegzudiskutieren, nur um etwa die Theorie vom Tier als Automaten aufrechtzuerhalten. Es war nur die Seelenlosigkeit der Menschen einer bestimmten Zeit, die im Tier die Seele, das Menschenartige übersehen konnte.

Dietrich über das Flick-Geschäft.

Seine Erklärungen machen die Sache kaum klarer und nicht besser.

Der frühere Reichsfinanzminister Dietrich, der mit Friedrich Flick das Geschäft abgeschlossen hat, hat auf einer Wahlkreisversammlung in Baden Aufklärungen über das Flick-Geschäft gegeben, soweit er dazu ermächtigt worden ist. Zum Geschäft selbst sagte er im wesentlichen folgendes:

„Was jetzt geschehen ist für die Eisen- und Kohlenindustrie, hängt zuförderst wieder zusammen damit, daß auch hier eine ungeheure Verschachtelung vorhanden ist, die ihre letzten finanziellen Ausstrahlungen wieder in der Verpflichtung vieler Großbanken und vieler mittlerer Banken hat. Maßgebend war die einfache Tatsache, daß

die Charlottenhütte nicht mehr imstande war, eine Bilanz zu machen,

so daß bei einem Bankerott dieser das ganze kunstvolle Gebäude der Großkonzerne, die irgendwie damit in Beziehungen standen und stehen, ins Wanken geraten wäre, auch die Oberschlesische Montanindustrie und die Oesterreichische Alpine Montangesellschaft. Hunderttausende von Menschen wären bei einem so gigantischen Zusammenbruch auf die Straße gekommen.

Aus diesen volkswirtschaftlichen Beweggründen hat dann das Reich durch den von mir unterzeichneten Vertrag Herrn Flick geschluckt und von ihm die Substanz gefordert. Diese Haltung war um so gebotener, als in der Tat Gefahren von anderer Seite in Verzug waren. Es muß klargestellt werden, wer Herr über diese Machtgruppe monopolistischen Gepräges sein solle. Der Einfluß des Reiches ist, gemessen an der Größe des Objekts, für eine durchaus nicht zu hohe Summe erreicht worden, und volkswirtschaftlich ist diese Einflußnahme um so mehr vertretbar, als diese Sanierung erfolgt ist oder erfolgen soll in der Hauptsache durch Abdeckung von Schulden bei Banken, die ihrerseits wieder vom Reiche abhängig sind.

Sich auf den Bewertungsmaßstab der Börse zu berufen, ist abwegig, da die Börse heute kein vollwertiger Marktplatz mehr ist, und da zudem doch nicht nur ein Partner zu berücksichtigen war. Es ergibt sich, daß die Aktion, die unter dem Schlagwort Gelsenkirchen jetzt erörtert wird, genau so zwangsläufig notwendig geworden war wie die Sanierung der Großbanken und des Schiffahrtstrust. Bei diesen einwandfrei monopolistischen Unternehmungen war das Reich zur Einflußnahme unabweisbar genötigt."

Im übrigen beruft sich Dietrich auf die von ihm verfolgte Politik, die innerlich ungesunden Turmbauten der monopolisierten Betriebe in einer volkswirtschaftlich möglichst unschädlichen Form zu liquidieren und freie Bahn für mittlere selbständige Wirtschaften zu schaffen, nachdem die Zeit der aufgeblähten Konzerne und Trusts sich rasch vollende.

Durch diese Erklärungen des ehemaligen Finanzministers Dietrich ist das Flick-Geschäft nicht wesentlich klarer geworden, und nach der finanziellen Seite hin erscheint es auch nicht wesentlich besser. Drei Dinge werden von Dietrich festgestellt: Von Auslandsdruck und Ueberfremdung wird nicht gesprochen (dunkel ist freilich von anderen Partnern die Rede), die Charlottenhütte war vollständig pleite, und endlich sollte auch den Banken geholfen werden.

Wenn aber die Charlottenhütte und Flick pleite waren, warum ließ man sie nicht offen pleite gehen?

Es hätte dann ein Vermögensstatus aufgestellt und immer noch die Entscheidung getroffen werden können, daß und in welchem Umfange aus volks- oder sozialwirtschaftlichen Gründen ein Eingreifen des Staates unvermeidlich war. Eine Stillegung der Betriebe wäre auch dann vermeidbar gewesen, es hätte auch dann Vorsorge gegenüber den Banken getroffen werden können, der Reichseinfluß auf die Schwerindustrie hätte nicht geringer zu werden brauchen, Flicks eigene Substanz wäre wirklich herangezogen worden, und das Ergebnis von allem wäre gewesen, daß man zu den Gelsenkirchen-Aktien eben erheblich billiger gekommen wäre. Diese Dinge sind so selbstverständlich, daß kein anderer Schluß übrig bleibt als der, daß Dietrich jetzt in der Tat noch nicht ermächtigt ist, die volle Wahrheit zu sagen.

Damit bleibt es bei unserer wiederholt ausgesprochenen Forderung, daß der Oeffentlichkeit und in erster Linie dem Ueberwachungsausschuß des Reichstags von der jetzigen Reichsregierung voller Einblick in die Zusammenhänge gegeben wird. Dazu besteht um so mehr Veranlassung, als nach einer Feststellung der „Kölnischen Zeitung" es die jetzige Reichsregierung war, die den ehemaligen Reichsfinanzminister zu seinen Teilerklärungen ermächtigt hat.

Sanierung der Ewald-Pleite.

70 Millionen Bankschulden — Fast nur für Fehlanlagen.

Daß die Finanzlage bei der Gewerkschaft Ewald, einem der größten Bergbauunternehmen des Ruhrgebiets, katastrophal ist, war seit einem Jahr bekannt. Sehr zögernd gehen die beteiligten Kreise an die Sanierung. Jetzt hat man beschlossen, eine „Bergwerks-A.-G. Ewald, Herten i. W.", zu gründen, in die die Gewerkschaft Ewald als Ganzes eingebracht werden soll.

Der Fall Ewald ist ein typisches Beispiel dafür, wie die geradezu leichtfertige Finanz- und Geschäftspolitik der „Wirtschaftsführer" an sich glänzende Unternehmen ruiniert. Als die technische Rationalisierung im Bergbau die große Mode war, hat Ewald eine große, moderne Doppelschachtanlage gebaut und die von Ewald beherrschte Gewerkschaft König Ludwig ebenfalls. Das alles geschah ohne einen Pfennig eigenes Kapital, sondern mit kurzfristigen (!) Bankschulden, die bei dem ganzen Ewald-Konzern wenigstens 70 Millionen Mark ausmachen. Die kreditgebenden Banken — Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft und Simon Hirschland, Essen — haben freilich nicht weniger leichtfertig gehandelt.

Die Folge der Neubauten war zunächst die Stillegung der alten Anlagen. Dann stellte sich heraus, daß die neuen Anlagen nicht voll ausgenutzt werden konnten, so daß sie stark unrentabel wurden — und im Juli vorigen Jahres hat die Gewerkschaft Ewald ihren neuen Doppelschacht stillgelegt! An eine Schuldentilgung war natürlich nicht zu denken.

Die Gründung der neuen Gesellschaft kann bestenfalls als Anfang einer Sanierung bezeichnet werden. Die Gesellschaft wird ein Kapital von 16 Millionen Mark haben. Davon übernehmen die DD-Bank und Simon Hischland, Essen, je 5 Millionen Mark in Aufrechnung gegen ebensoviel Forderungen. Weitere 4,5 Millionen Mark Aktien werden gegen die 3000 Kuxe der Gewerkschaft Ewald (also je 1 Kux 1500 Mark Aktien) getauscht. Die restlichen 1,5 Millionen Mark Aktien sollen zum Umtausch der im freien Verkehr befindlichen 500 König-Ludwig-Kuxe verwandt werden. Die im Besitz von Ewald befindlichen König-Ludwig-Kuxe werden voll abgeschrieben!

Die Schulden des Ewald-Konzerns werden also nach dieser Transaktion immer noch mehr als 60 Millionen Mark betragen. Die Banken sollen sich verpflichtet haben, mit ihren Forderungen fünf Jahre stillzuhalten und die Zinsen zu ermäßigen.

Während die Gewerkschaft Ewald in die neue A.-G. umgewandelt wird, wobei die Kapitalmehrheit auf die Banken übergeht, bleibt die Gewerkschaft König Ludwig vorläufig bestehen; ihr Betrieb aber wird auf 30 Jahre an die Ewald A.-G. verpachtet. Die Stickstoffabrik von Ewald, deren Bau und Betrieb den Ewald-Konzern stark belastet hat, wird nicht verkauft, da man auf spätere Rentabilität hofft. Obwohl die Gruben ihre Syndikatsquote nur zu 34 Proz. ausnutzen, glaubt man, daß für die Fortführung der Betriebe kein neues Kapital nötig ist. Wie aber die hohen Schulden abgetragen werden sollen, darüber hüllt man sich in Schweigen.

Verlust bei Schlesische Zement A.-G.

Die Schlesische Portland-Zementindustrie A.-G. in Oppeln, deren Kapitalmehrheit in Händen von Schultheiß-Patzenhofer liegt, weist für das Geschäftsjahr 1931 einen Verlust von 0,5 Mill. Mark aus, der sich durch den Gewinnvortrag auf 0,24 Mill. Mark ermäßigt. Das 27-Mill.-Mark-Kapital bleibt infolgedessen dividendenlos (im Vorjahr 8 Proz.).

Dieses Ergebnis ist immer noch überraschend günstig. Denn der Absatz ist weiter stark, mengenmäßig um 25 Proz. und wertmäßig um 33 Proz., zurückgegangen. Außerdem war die Abschlußrechnung durch die Vergleichszahlung an die A.-G. für Verkehrswesen (Industriebau-Skandal!) von 1,8 Mill. Mark und die Ausgleichszahlung an die Tochtergesellschaften Prüssing und Adler in Höhe von 0,1 Mill. Mark belastet. Ohne diese Zahlungen wäre also ein erheblicher Gewinn entstanden; bei dem miserablen Zementabsatz wäre das überraschend, wenn man nicht wüßte, daß seit Jahren die Zementkartelle ungerechtfertigt hohe Preise für ihre Produkte nahmen.

Verkehrswesen-Konzern.

Hohe Sonderabschreibungen. – Sanierung bei Lenz u. Co.

Die A.-G. für Verkehrswesen, Berlin, die über 100 Kleinbahngesellschaften Deutschlands beherrscht, hat Pech mit ihren Beteiligungen an Baugesellschaften. Der Skandal um Industriebau Held-Francke ist ja noch günstig ausgegangen, da die Gegenseite (Schlesische Portland Zement) den Kaufpreis zurückgezahlt hat.

Jetzt mußte die Allgemeine Baugesellschaft Lenz u. Co., die letzte der Beteiligungs-Baugesellschaften, eine Zusammenlegung des Kapitals im Verhältnis 5 zu 1 von 6 auf 1,2 Millionen Mark beschließen. Es sind so viel Außenstände eingefroren, daß die Abschreibungen auf insgesamt 5,3 Millionen Mark erhöht wurden. Das Kapital wird auf 3 Millionen Mark wiedererhöht; die neuen Aktien übernimmt die A.-G. für Verkehrswesen.

Diese hatte die Lenz-Aktien zu 94 Proz. im Vorjahr bewertet und muß sie also jetzt auf 20 Proz. herabschreiben. Das macht, da sie die Mehrheit des Lenz-Kapitals besitzt, einen Betrag von mehreren Millionen Mark aus. Auch sonst hat sich Herrn Lübberts Zuversicht vom vorigen Jahre, daß die „Abschreibungspolitik beendet" sei, in keiner Weise als berechtigt erwiesen. Die Gesamtabschreibungen wurden von 2,1 auf 9,3 Millionen Mark erhöht. Dazu werden der gesamte Geschäftsüberschuß von 4,4 Millionen Mark (davon sind 2,2 Millionen Mark Gewinnvortrag aus dem Vorjahre), der Buchgewinn aus der Einziehung eigener Aktien von 3,7 Millionen Mark und ein Teil des Reservefonds im Betrage von 1,2 Millionen Mark verwandt. Eingezogen werden 14 Millionen Mark eigene Aktien, so daß das Kapital von 50 auf 36 Millionen Mark ermäßigt wird.

Will Mansfeld Verstaatlichung?

Auf der Generalversammlung der Mansfeld A.-G., die gestern in Leipzig stattfand, kündigte der Generaldirektor Stahl an, daß man rechtzeitig bei Reich und Preußen die Verlängerung der Subventionen für den Kupferbergbau beantragen werde.

Dabei sagte Herr Stahl, daß die Opferbereitschaft der Aktionäre im Interesse der Erhaltung der Substanzwerte und der Weiterbeschäftigung der Belegschaft seine „natürliche Grenze" finde in der Rücksicht auf die Lebensfähigkeit des Gesamtunternehmens, insbesondere seiner gesunden Glieder. Es sei die Frage zu entscheiden, „ob und unter welchen Bedingungen die Weiterführung dieser Betriebe überhaupt noch im Rahmen eines privaten Unternehmens möglich und zweckmäßig ist".

Was mit diesen zweifellos absichtlich unklar gehaltenen Sätzen gemeint ist, ist nicht ganz klar. Anscheinend aber trägt sich die Mansfeld-Verwaltung mit dem Gedanken, die verlustbringenden Bergbaubetriebe dem Staat zu überlassen, die rentablen verarbeitenden Betriebe (Walzwerk, Messingwerk) aber privatim fortzuführen. Eine solche Regelung widerspräche den bisherigen Subventionsbedingungen; denn der Ueberschuß der verarbeitenden Werke muß zum Teil die Unterbilanz des Bergbaus ausgleichen. Auch im Interesse des Gesamtunternehmens liegt eine solche Trennung zweifellos nicht.

Was nun die „Opfer der Aktionäre" betrifft: bisher haben sie nur auf die Dividende, d. h. auf eine Verzinsung ihres Kapitals verzichtet. Wenn die Substanz der Anlagen erhalten blieb, dann infolge der unerhörten Lohnopfer der Belegschaft und der hohen Subventionszahlungen vom Reich und von Preußen (für das Jahr 1931 allein 6,5 Mill. Mark). Lohnopfer und Subventionen allein haben bisher verhindert, daß das 36-Mill.-M.-Kapital nicht restlos verlorengegangen ist.

Wenn die Aktionäre nun noch mit Ansprüchen kommen, die über die bisherigen Subventionen hinausgehen, so ist das einigermaßen grotesk. Es scheint, als ob das böse Beispiel der Flick-Sanierung hier den Appetit angeregt hat. Ueber eine Verstaatlichung der gesamten Mansfeld A.-G. ließe sich reden: bei Zusammenrechnung und Geltendmachung der gezahlten Sub-

ventionssummen dürfte nicht mehr viel übrigbleiben. Aber den Aktionären irgendwie ihr Kapitalrisiko für den Kupfer-Bergbau allein abzunehmen, damit sie ungestört die Rente aus den Fabrikationsbetrieben einstecken können, darüber darf überhaupt nicht verhandelt werden!

Stützung des Erzbergbaus.

Das Reich soll eingreifen.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Eine in einem Teil der Berliner Abendpresse vom 24. Juni enthaltene Notiz, aus der herausgelesen werden könnte, daß die bei der Hilfsaktion der öffentlichen Hand für den Metallerzbergbau entstandenen Schwierigkeiten auf preußische Widerstände zurückzuführen seien, veranlaßt den Amtlichen Preußischen Pressedienst zu der Erklärung, daß eine solche Auslegung den Tatsachen nicht entsprechen würde.

Vielmehr ist das Reich von Preußen auf die Notwendigkeit einer Hilfe für den Metallerzbergbau überhaupt erst aufmerksam gemacht worden, indem Preußen in einer eingehenden Denkschrift dem Reich die notwendigen Unterlagen für eine solche Stützung und die Wege hierfür dargelegt hat. Bei dem dringenden Reichsinteresse an diesen Maßnahmen — es sei nur hingewiesen auf die devisen-, arbeits- und wehrpolitischen Notwendigkeiten — hat das Reich diese Vorschläge sogleich aufgegriffen und die Bereitstellung entsprechender Etatsmittel in Aussicht genommen.

Die oben angegebenen Gründe für die Aufrechterhaltung des Metallerzbergbaues treffen natürlich für die Betriebe der öffentlichen Hand in gleicher Weise wie für die Privatbetriebe zu. Deshalb hat Preußen sowohl im Reichsrat als auch der Reichsregierung gegenüber die Auffassung vertreten, daß die unbedingt notwendige Unterstützung des deutschen Erzbergbaues ohne Unterschied, ob es sich um private oder öffentliche Betriebe handelt, ausschließlich Sache der Reichsregierung sei und daß so schnell wie möglich die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden müßten.

Aufschlußreiche Generalversammlung.

Die Reserven der Deutschen Erdöl.

Auf der Generalversammlung der Deutsche Erdöl A.-G., Berlin, brachten einige Aktionärsanfragen einigen Aufschluß über die Bilanzziffern. Die Deutsche Erdöl hat ein Kapital von 100 Mill. Mark und ist eines der größten deutschen Bergwerksunternehmen. Alle Anlagen stehen mit einer Ziffer, mit 70,8 Mill. Mark, die Beteiligungen mit 38,4 Mill. Mark — darunter sind 95 Proz. des Kapitals der Deutschen Petroleum-A.-G. — zu Buch. Aus dem von 5,5 auf 4,7 Mill. Mark zurückgegangenen Reingewinn wird eine Dividende von 4 Proz. verteilt.

Auf die Vorwürfe der Aktionäre, daß die Bilanz allzu summarisch aufgemacht sei, zumal im nächsten Jahr doch laut Gesetz Einzelziffern gegeben werden müßten, erfolgte die Auskunft, daß in den Forderungen (17,6 Mill.) etwa 7 Mill. Mark Bankguthaben, in den Schulden (18,5 Mill.) aber 10,8 Mill. Mark Rückstellungen enthalten (außer der gesetzlichen Rücklage von 10 Mill. Mark!) seien. Die Bankguthaben hätten sich inzwischen auf 11 Mill. Mark erhöht. Merkwürdigerweise kam kein Aktionär auf den Gedanken, daß diese Rückstellungen (10 Proz. des Kapitals!) eine erheblich höhere Dividendenzahlung zugelassen hätten. Mit Recht wurden die Vorstandsgehälter — durchschnittlich 118 000 M. je Kopf! — als viel zu hoch kritisiert. Natürlich hatte die Verwaltung für solche Kritik wenig Verständnis. Da die Opposition sich auf wenig Stimmen beschränkte, ist sie allerdings nicht in der Lage, hier eine „Anpassung an die Armut der Nation" zu erzwingen.

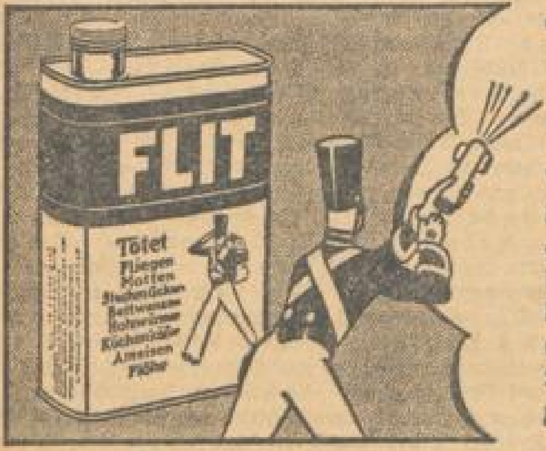
Protest gegen Butterzollpolitik.

Eine durch die deutsche Butterzollpolitik geschädigte Gruppe von nach Dänemark exportierenden deutschen Industrien hat eine „Deutsch-dänische Wirtschaftsvereinigung" gegründet, um die geschädigten Interessen gemeinsam zu vertreten. In einer Entschließung wird die Reichsregierung um sofortige und energische Maßnahmen ersucht, um den für deutsche Waren gesperrten dänischen Markt wieder zu öffnen. Im Interesse der mit Dänemark arbeitenden Betriebe mit ihrer großen Arbeiterzahl müsse eine Grundlage geschaffen werden, daß die viele Millionen betragenden Aufträge erhalten und durchgeführt werden können.

Deutsch-Bulgarischer Handelsvertrag unterzeichnet.

Nach vierwöchigen Verhandlungen wurde in Sofia der deutsch-bulgarische Handelsvertrag unterzeichnet, der auf der Grundlage der Meistbegünstigung beruht. Deutschland gewährt Zollermäßigungen für bestimmte bulgarische Agrarerzeugnisse, besonders Mais, Weizen und Futtergerste, wofür Bulgarien Zollermäßigungen für deutsche Industrieprodukte zugesteht.

Es ist erfreulich, daß es in der gegenwärtigen handelspolitischen Wüste der Welt zum Abschluß dieses Vertrages kam.



TOD DEM TYPHUS-TRÄGER!
Der Tod folgt seinen Spuren!

Würger, Kindesmörder! Die Fliege trägt an ihrem schmutzigen, borstigen Körper die tödlichen Keime des Typhus, der Tausende jährlich dahinrafft! Aufgewachsen an Stätten des Unrats, schleicht sie sich in Ihr Heim und vergiftet Ihre Nahrung mit todbringenden Keimen.

FLIT – überall bekannt – ist das beste Mittel, um Fliegen, Mücken, Schnaken und alle lästigen Insekten schnell und sicher zu töten. Achten Sie auf den Flit-Soldaten auf der gelben Kanne mit dem schwarzen Band.

Nur in der plombierten Kanne ist FLIT erhältlich.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater

Dienstag, den 28. Juni

Staatsoper Unter den Linden

20 Uhr

Sizilianische Vesper

Staatl. Schauspielhaus Gendarmenmarkt. 20 Uhr **Jeppe vom Berge**

Schiller-Theater Charlottenburg. 20 Uhr **Egmont**

Winter Garten

8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl.
Paul Graetz. Peter Sachse.
Jenny & Piccolo.
Crocers & Crocers usw.

Haus Vaterland Das Vergnügungs-Restaurant Berlins. Betrieb Kempinski

SCALA

Tägl. 5 u. 8¼ Uhr
Letzte 3 Tage!
Fernando **LINDER**
Joe Peanut's 14 Rhesus-Äffchen
Ada & Eddie Dares
Willy Rosen usw.

Volksbühne

Theater am Bülowplatz
8¼ Uhr
Geld ohne Arbeit
Komödie von Alberto Colantuoni
Bearbeitet von R. A. Stemmle
Regie: Günther Stark

LUNA PARK 50 Pfg.
Sensat. Turmseilläufer
FEUERWERK

PLAZA

So. 5½, Wtg. 2, 5, 8¼
Nur noch 3 Tage!
Der fidele Bauer.

Städt. Oper

Charlottenburg
Bismarckstraße 34.
Dienstag, 28. Juni
Turnus I
Der Troubadour
Bindernagel, Amerling, Noort, Hüsch, Tappolet
Anfang 20 Uhr
Ende 22,45 Uhr

Erfinder — Vorwärtsstrebende
Hohe Geld-Belohnung
Näheres kostenlos durch
F. Erdmann & Co., Berlin SW 11.

Der **gute Kapitän-Kautabak** ist in den meisten Zigarrengesch. erhältl.
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Königst. 3881

Deutsches Theater

Letzte Aufführungen
Die 8¼ Uhr
Journalisten
Lustsp. nach Gustav Freytag von Felix Joachimson
Musik: Theo Mackeben
Regie: Heinz Hilpert.

Lessing-Theater

Täglich 8¼ Uhr
Madonna wo bist Du?
Erika v. Thellmann, Luise Stösel, Theodor Loos, Josef Wedorn

Rose-Theater

Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weichsel E 7 3432
8.30 Uhr
Die eiserne Jungfrau
Gartenbühne 8.30 Uhr
Konzert u. Varieté
Premiere
Drei arme kleine Mädels

Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals H. Scheidemandel, Berlin.

Bilanz-Konto per 30. September 1931.

Aktiva		RM	₰
Berliner Grundstück		180 000	—
Auswärt. Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Fuhrpark, Utensilien		2 000 000	—
Patente, Büro- u. Labor.-Einricht.		1	—
Wertpapiere u. Beteiligungen		5 378 895	20
Bankguthaben		383 522	97
Guthaben bei Tochtergesellschaften		793 427	72
Verschiedene Schuldner		1 291 549	07
Barbestand		32 743	71
Wechselbestand		93 479	87
Waren- u. Material-Vorräte		1 887 148	86
Avale	2 098 154,95		
		12 012 768	40

Passiva		RM	₰
Aktienkapital		5 380 000	—
Reservefonds		538 000	—
Hypotheken		18 547	90
Unbehobene Dividenden		3 865	50
Akzepte		142 062	52
Bankschulden		3 211 185	68
Schulden an Tochtergesellschaften		1 343 105	22
Langfristige Schulden		106 899	93
Verschiedene Gläubiger		799 305	70
Wertberichtigungs-Konto		250 000	—
Avale	2 098 154,95		
		12 012 768	40

Berlin, den 20. Mai 1932. **Der Vorstand.**

Einer schweren, heimtückischen Krankheit erlag gestern

Herr Reichsminister a. D. Dr. jur., Dr. Ing. h. c.

Ernst Scholz

Vorsitzender der Verbandsversammlung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und des Aufsichtsrats der Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalbank

Die deutsche Sparkassen- und Giroorganisation betrauert den Verlust einer Führerpersönlichkeit von hohem Rang. Der Verewigte war der letzte Vorsitzende des Deutschen Sparkassenverbandes und hat in dieser Eigenschaft an dem Zustandekommen des Einheitsverbandes im Jahre 1924 hervorragenden Anteil. Die hohe Wertschätzung seiner Persönlichkeit und die Anerkennung seiner großen Verdienste fand ihren nach außen sichtbaren Ausdruck in der einstimmigen Wahl zum Vorsitzenden der Verbandsversammlung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, ein Amt, das er bis zu seinem Tode innehatte. Bahnbrechend war seine zielbewußte Arbeit auf dem Gebiete des kommunalen Finanzwesens. Die bereits 1908 von ihm ins Leben gerufene Geldvermittlungsstelle des Deutschen Städtetages hat Reichsminister a. D. Dr. Dr. Scholz auf die Deutsche Girozentrale übergeführt und damit die Bestrebungen zur Verbesserung des Kommunalkredits zu einem entscheidenden Teil verwirklichen helfen. Als Vorsitzender des Verwaltungsrats und des späteren Aufsichtsrats der Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalbank — hat er die Entwicklung der zentralen Kommunalbank nachhaltig gefördert.

Die hervorragenden Gaben des Verstandes und des Herzens, seine vornehme Gesinnung und sein großes taktisches Geschick haben Reichsminister a. D. Dr. Dr. Scholz in besonderem Maße befähigt, überall den Ausgleich der Interessen, die Verständigung über das gemeinsame Ziel herbeizuführen.

Seine großen Verdienste um den Aufbau und die Ausgestaltung der Sparkassen- und Giroorganisationen in der ebenso schwierigen wie entscheidenden Periode der letzten Jahrzehnte werden unvergessen bleiben.

Fortleben wird aber auch bei allen, die den Verewigten kannten, die Erinnerung an den liebenswürdigen Menschen.

Berlin, den 27. Juni 1932.

Namens des

Vorstandes des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

und des

Direktoriums der Deutschen Girozentrale - Deutschen Kommunalbank

Der Präsident
Dr. Kleiner

Danksagung!

Für die beim Tode meines Mannes, des Geschäftsführers

Adolf Harndt

erwiesene Teilnahme spreche ich im Namen der Hinterbliebenen meinen aufrichtigen Dank aus.

Emma Harndt
geb. Poege

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Berichtigung
Die Einäscherung des Kollegen
Ivan Rothe
findet am Mittwoch, dem 29. Juni, nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 10 Pf. Fettgedrucktes Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte) (Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für 2 Worte)

Annahme durch den Verlag, Lindenstr. 3 (1/29—5 Uhr) sämtl. „Vorwärts"-Filialen u. -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Leihbücherei, 500 Bände, 120,— Mark. Charlottenburg, Grolmanstr. 27a, links.

Tapeten Zellat, Koloniestraße 9.

Hochfrequenz! Erstklassige Apparate, Medizinal, 40 Proz. Rabatt. Reparaturen billig. E. Kosmos, Tempelhoferufer 1a.

Polstermöbel-Großlager zu Kleinpreisen. Ramerling, Kastanienallee 55 (Ecke Fehrbelliner Straße).

Patentmatratzen „Primissimo" Metallbetten, Auflegematratzen. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden

Feriensonderangebot! Preise wie noch nie! Schlafzimmer, Mahagoni, Birke, Birnbaum, Eiche 245,—, 180 breit 360,—, Speisezimmer, Eiche, mit Glasvitrine, 215,—, Kaukasisch-Nußbaum, 200 breit, mit Glasvitrine, 350,—, Küchen 65,—, 90,—, Ankleideschränke 75,—, Einzelmöbel, Polstermöbel allerbilligst. Teilzahlung bis 24 Monate! Schragers Möbel-Speicher, Kastanienallee 45, Hofgebäude

Speisezimmer, gebraucht, Eiche, großes Büfett, Kredenz, Ausziehtisch und sechs Stühle 210 Mark. Moritz Hirschowitz, Stallschreiberstraße 25.

Möbelhofspeicher, neu und gebraucht Schlafzimmer 295,—, Im. Birkenschlafzimmer 350,—, Speisezimmer 240,—, Ankleideschränke 45,—, Polsterstühle 7,—, Ruhebetten 18,—, polierte Schlafzimmer 375,—, Herrenzimmer 285,—, Küchen 75,—. Neue Schönhauser Str. 8.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Ärzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze, Gehpelze, Damenmäntel. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Möbel

Speisezimmer, entzückendes Büfett mit Vitrinenaufsatz und Silbereinrichtung, 2 Meter, komplett 330,—. Besichtigung lohnend. M. Hirschowitz, Andreasstraße 30.

Fahrräder

Gebrauchte Freilaufräder 15,—, 20,—. Werner, Adalbertstraße 8, Kottbusser Tor.

Umzüge Fuhrwesen

Autoumzüge, Eil-Transporte, Vereinsfahrten. Kurfürst 1408.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetall, Silberschmelze Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 20, Haltestelle Adalbertstraße.

Verschiedenes

Reparatur- Maßschneiderei. Schmidt, Reinickendorf, Ramelstr. 19.

Vermietungen

Ohne Einschreibegeld vermittelt Wohnungsgeld, Neue Königstraße achtundvierzig, direkt Alexanderplatz.

Zimmer

Gut möbliertes 2-Fenster-Zimmer, Extraeingang, an Herrn für 20 M. zu vermieten. Tönges, Posenerstr. 21, vorn 4 rechts.

Möbliertes Zimmer. Zu erfragen Siebike, Straßburgerstraße 30.

Möbliertes Zimmer vermietet Kuhlee, Chamissostraße 3 II, 3 Häuser vom Schöneberger Bahnhof.

Möbliertes Zimmer mit Bad, Neubauwohnung, nahe Bahnhof Köpenick, 25,— pro Monat, vermietet Schmidtenberg, Köpenick, Hirtestraße 18 II.